**Bezugspreis**
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
In amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1128.

**Morgen-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 50 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 1. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

**Nr. 61.** **Halle, Freitag, den 6. Februar** **1914.**

## Mb. Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 5. Februar.

Am Ministertisch: Dr. Beseler.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Zum Mitglied der Staatsschuldenkommission wird auf Vorschlag der Abg. Frhr. v. Zedlitz und Abg. Lucas (Natl.) wiedergewählt.

Zu Mitgliedern der statistischen Zentralkommission werden auf Vorschlag des Abg. Frhrn. v. Zedlitz die Abgeordneten Hoesch (Kons.), Dr. Friedberg (Natl.) und Dr. Ehlers (Vp.) gewählt.

### Der Justiz-Etat.

Zweiter Tag. Fortsetzung der allgemeinen Besprechung beim Titel „Ministergehalt".

Abg. Kanzow (Zp.):

Ich spreche dem Minister unsern Dank aus, weil er im Etat eine ausreichende Stellenvermehrung vorgenommen hat. Wie steht es mit der Neuordnung der Kanzleiordnung? Die Kanzleiordnung muß geändert werden, die Lage der Kanzleigehilfen bedarf dringend der Verbesserung. Auch die Kontrollbestimmungen müssen neu geregelt werden, jetzt dient überhaupt ein Drittel der preußischen Beamten dazu, die anderen zu kontrollieren. Die Gerichtsdiener — — (Vizepräsident Dr. Porsch macht den Redner darauf aufmerksam, daß Beamtenbesoldungsfragen jetzt bei der Beratung ausgeschieden und später bei der besonderen Besoldungsvorlage erörtert werden sollten.) Seltsamerweise ist die Zahl der Rechtsanwälte beim Reichsgericht trotz der Vermehrung der Geschäfte vermindert worden, 1909 waren es 23, jetzt nur 21. Ich bitte deshalb den Minister, beim Staatssekretär des Reichsjustizamts wegen einer Vermehrung der Rechtsanwälte beim Reichsgericht vorstellig zu werden. In Dortmund fühlten sich die Anwälte durch Artikel des Dortmunder General-Anzeigers beleidigt. Der Erste Staatsanwalt und später der Oberstaatsanwalt lehnte aber Erhebung der Klage ab, da ein öffentliches Interesse nicht vorliege. Eine Beschwerde beim Ministerium blieb gleichfalls ergebnislos. Ich kann aber doch nicht annehmen, daß der Minister Beleidigungen eines ehrenwerten Standes billigen wird. Häufig werden die Richter in zu formalistischer Weise kontrolliert, so wurde ein Richter in Berlin gerügt, weil er am dritten Weihnachtsfeiertag die Sitzung hatte ausfallen lassen.

Den Ausführungen, die der Abg. Itschert gestern über den Fall Knittel gemacht hat, kann ich mich im wesentlichen nur anschließen. Der Vorsitzende muß den Angeklagten, und mag er der größte Verbrecher sein, anständig und vornehm behandeln. Ich hoffe, daß solche Fälle sich nicht wiederholen werden, und stimme deshalb ganz dem Minister zu, der es ablehnte, einen allgemeinen Erlaß an die Richter ergehen zu lassen. Denn es bedarf einer besonderen Mahnung an die Richter wirklich nicht. Die Strafen für Beleidigungen sind jetzt schon hoch genug, wenn z. B. jemand, der das Wort „Streikbrecher" gerufen hat, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wird, so ist das doch eine übermäßig hohe Strafe. Wünschenswert ist ein häufiger Wechsel in der Besetzung der Strafkammern, da sonst die Gefahr vorliegt, daß die Richter zu schematisch urteilen. Die Konfessionslosen sollte man vor Gericht rücksichtsvoller behandeln; auch ihre Gefühle sollte man schonen und sie nicht in Gewissenszwang bringen. Auch wir sind dem Minister dankbar dafür, daß eine Zentralstelle zur Bekämpfung des Schmutzes errichtet ist. Auch wir verlangen eine nachdrückliche Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, wir wollen jedoch, daß wirkliche Kunstwerke, die nie unsittlich sein können, von der gerichtlichen Verfolgung verschont bleiben.

Wohin sollen wir kommen, so frägt Hans Thoma mit Recht, wenn wir jede Darstellung des Nackten verbieten wollten? Und dabei ist man jetzt sogar gegen die Wiedergabe von Kunstwerken eingeschritten, die vor der Nationalgalerie und vor dem Märkischen Museum stehen, wie die Wäscherin von Bruno. So etwas können wir nicht billigen, denn hierbei handelt es sich durchaus nicht um Schmutz, sondern um wirkliche, erste Kunstwerke. Durch solche Beschlagnahmungen schädigt man nicht nur die Künstler, sondern auch die deutsche Postkarten-Industrie, die in der ganzen Welt in hohem Ansehen steht. Es waren übrigens nicht nur kleine Händler, die solche Postkarten herstellten, sondern die Generaldirektoren der Museen von Berlin und Dresden selbst waren es, die es taten, und da kam der Staatsanwalt zu ihnen und sagte: Das geht nicht! Hier erhob sich also geradezu der eine Arm der Staatsgewalt gegen den andern. Einige der beanstandeten Karten lege ich auf dem Tische des Hauses nieder, damit Sie selbst urteilen können. Also, rücksichtsloser Kampf gegen den wirklichen Schmutz, aber Schutz der wahren Kunst! (Lebhafter Beifall links.) (Die auf den Tisch des Hauses gelegten Karten werden von den in dichter Schar den Tisch umstehenden Abgeordneten mit großem Interesse in Augenschein genommen.)

Justizminister Dr. Beseler:

Dem vielfach geäußerten Wunsche, Rechtsanwälte zu Richtern zu machen, habe ich redlich versucht, zu entsprechen. Natürlich kommen nur solche Rechtsanwälte in Frage, die sich durch ihr bisheriges ganzes Verhalten für ein solches Amt besonders qualifiziert haben. Namentlich handelt es sich hierbei um Besetzung von Richterstellen an höheren Gerichten. Auch hätten wir gern einen oder den anderen Rechtsanwalt als Mitglied im Justizministerium. Aber ich kann den Herren an Gehalt nur das bieten, was die Staatsbeamten bekommen, und da haben die Herren nicht gewollt; anscheinend ist in den meisten Fällen ihnen das nicht ausreichend gewesen. Der Fall in Dortmund liegt ziemlich weit zurück. Grundsätzlich vertritt die Staatsanwaltschaft auch die Interessen der Rechtsanwälte, wenn sie beleidigt werden. In dem in Rede stehenden Falle bestand aber bei den Behörden die Befürchtung, daß Einzelheiten vorgebracht würden, deren Erörterung in der Oeffentlichkeit nicht im Interesse der Anwaltschaft liegen würde, weil die Gefahr bestand, daß Verfehlungen einzelner Rechtsanwälte verallgemeinert würden. Gerade der Anwaltschaft mußte es erwünscht sein, daß dieser Prozeß nicht zustande kam. (Widerspruch links.)

Ich habe mir diese Ansicht nicht im Augenblick gebildet, sondern ich habe seinerzeit die Sache eingehend geprüft. Ueber den Fall Knittel habe ich mich gestern schon ausgesprochen. Wenn heute der Vorredner gesagt hat, der Vorsitzende sei verpflichtet, das Urteil so zu verkünden, wie es das Gericht beschlossen hat, so ist das selbstverständlich. Es ist nun nach den Ermittlungen auf Grund der Aeußerungen der Besitzer, soweit sie dazu in der Lage waren, solche abzugeben, festgestellt worden, daß inhaltlich alles, was der Vorsitzende gesagt hat, der Meinung des Gerichts entsprach, und daß nur in der Form gefehlt wurde. Von einer tendenziös falschen Darstellung kann nicht die Rede sein. Daß das Gericht an die Spitze seiner Urteilsverkündung die Entscheidung selbst stellen soll und dann erst die Urteilsgründe gibt, ist auch meine Ansicht. Eine besondere Anordnung in dieser Sache zu treffen, liegt kein Anlaß vor. Auch Konfessionslose müssen nach dem Gesetz vereidigt werden; die Bewertung dieses Eides ist natürlich Sache des Vorsitzenden.

Bei der Beschlagnahme von Postkarten soll nicht die Kunst getroffen werden, sondern ihr Mißbrauch. (Zuruf links.) Kunstwerke bleiben Kunstwerke! Ich kann aber nicht anerkennen, daß es für den Künstler notwendig ist, daß seine Werke gerade in der Form, wie es häufig geschieht, verbreitet werden. Es ist keine Rede davon, eine Verbreitung der Kunstwerke überhaupt zu verhindern. Alle Photographien können sie natürlich verbreitet werden. Aber sie brauchen nicht gerade als Postkarten in langen Reihen eins hinter dem anderen öffentlich ausgehängt zu werden. Wenn man eine ganze Reihe von Nuditäten in Papiergeschäften übereinandergehängt sieht, so macht das doch den Eindruck, als ob gerade hierauf hingewiesen werden soll, und daß Leute, die gar nicht an Kunst denken, darauf aufmerksam gemacht werden sollen. Es ist doch merkwürdig, daß unter den ausgehängten gerade sehr viele solcher Darstellungen erscheinen. Als die Behörden sich nun erkundigten, weshalb man gerade diese Sachen ausstelle, wurde ihnen gesagt, an den anderen Sachen verdiene man nichts. Wenn man diese Bilder derart verwendet, so werden dadurch ganz andere Gelüste hervorgerufen als bloß die Bewunderung der Schönheit, und ich kann natürlich nicht dafür garantieren, daß in einzelnen Fällen nicht zu weit gegangen wird.

Am grossen und ganzen hat auch dieser Postkartenvertrieb merklich abgenommen. Ich glaube aber nicht, daß dadurch die wahre Kunst geschädigt wird. Ich möchte davor warnen, in diesem Vorgehen der Staatsanwaltschaft ein Vorgehen gegen die Künstler zu sehen. Ich bedauere es, wenn die Künstler sich verletzt fühlen. Aber ich glaube, wenn sie dem ganzen Gedankengange folgen und die wahren sachlichen Gründe behördlichen Vorgehens einsehen, werden sie ihre Ansicht verändern. Kunstwerke werden überhaupt nicht beschlagnahmt, sondern bloß Postkarten. (Große Heiterkeit links.) Das Vorgehen soll beschränkt bleiben auf Publikationen, die gegen das Gesetz verstoßen. Wenn ein Kunstwerk in angemessener Weise feilgehalten wird, dann wird niemals dagegen eingeschritten. Betrachtet man die ganze Sache ruhig und objektiv, dann kann nicht gesagt werden, daß die Behörden anders vorgehen, als sachlich gerechtfertigt erscheint. (Beifall rechts und im Zentr.)

Abg. Seyda (Pole):

Auch in dem Justizetat sind die Ostmarkenzulagen für die Beamten enthalten. Der Zweck ist klar: die Verwaltung will die Beamten in größerer Abhängigkeit erhalten. Wer sich in politischer Beziehung, in seinem Verhalten gegen die polnische Bevölkerung, nicht so verhält, wie es die Regierung will, dem wird der Entziehung der Zulage gedroht. Wir lehnen deshalb nach wie vor diese Zulagen ab; vielleicht kommt noch einmal der Tag, wo auch dieses Haus sich auf unseren Standpunkt stellt. Auch sonst haben wir uns über das Verhalten der Justizverwaltung zu beklagen, sie boykottiert geradezu die Polen, so ist wieder kein einziger polnischer Anwalt zum Notar ernannt. Da kann man sich nicht wundern, daß auch die Gerichte den Polen nicht gerecht werden. Das Vereinsgesetz wird nur in einem den Polen ungünstigen Sinne ausgeübt, die deutschen Vereine werden ganz anders als die polnischen behandelt. So gilt der Ostmarkenverein den Behörden noch immer als unpolitisch. Die können Richter einem solchen Verein angehören? In politischen Prozessen werden Polen in 999 von 1000 Fällen verurteilt; es ist auch gar nicht anders möglich, das Verhalten der Regierung muß auf die Richter von Einfluß sein. Auch in den dänischen Landesteilen ist es nicht anders, da hat der Justizminister sogar einen Erlaß an die Staatsanwälte ergehen lassen, gegen die dänische Presse vorzugehen. (Beifall bei den Polen.)

Justizminister Dr. Beseler:

Der Vorredner hat einen Erlaß an die Staatsanwälte kritisiert. Der Erlaß war jedoch notwendig, denn die Klagen mehren sich, daß die dänische Presse in einer Weise vorgehe, die mit den Gesetzen nicht in Einklang zu bringen sei. Es war ganz selbstverständlich, daß wir das nicht dulden durften. Da sind dann die Staatsanwälte angewiesen, daß sie, was ohnehin ihre Pflicht war, gegen solche Preßausschreitungen vorgingen. Da kann man aber mir doch nicht vorwerfen, ich beeinflußte die Richter. Diesen Vorwurf weise ich im Interesse der Richter energisch zurück. Die Richter denken gar nicht daran, sich durch einen solchen Erlaß aus dem Justizministerium beeinflussen zu lassen. Sie entscheiden nach Pflicht und Gewissen und nicht nach den Anweisungen der Justizbehörde.

Abg. Viereck (Freikons.):

Unsere preußischen Richter tun auch in den polnischen Landesteilen ihre Pflicht und Schuldigkeit und messen Polen und Deutsche mit gleichem Maße. (Lebhafter Widerspruch b. d. Polen.) Auch die Polen haben das berechtigte Zutrauen zu der Objektivität der preußischen Richter. (Lebhafte Rufe b. d. Polen: Das ist nicht wahr! Widerspruch rechts, Glocke des Präsidenten.) Der Zudrang zum juristischen Studium ist immer noch zu groß. Namentlich sollen solche jungen Leute, die nicht den inneren Beruf zur Jurisprudenz in sich fühlen, sondern nur ein Brotstudium treiben wollen, diesem Studium fernbleiben. Für die Ausbildung der Referendare und Assessoren muß noch mehr geschehen. Die Anstellungsverhältnisse der Assessoren sind immer noch sehr traurig. Vielleicht wird hier ein Numerus clausus eingeführt werden. Die Beförderung der Staatsanwälte ist nicht sehr günstig. Nur ausnahmsweise werden Oberstaatsanwälte zu Landgerichtsdirektoren befördert, wohl weil man annimmt, daß ihnen die nötige Vorbildung als Richter fehlt. Deshalb wäre eine richterliche Tätigkeit der Staatsanwälte sehr geboten.

Der junge Beruf der Amtsanwälte muß weiter ausgebaut werden. Die Zahl der etatsmäßigen Kanzleibeamten ist erfreulicherweise vermehrt worden; hoffentlich hält diese Praxis auch weiter an. Die Strafaussetzung bei der bedingten Begnadigung hat sich außerordentlich bewährt. Bei der sonstigen Begnadigung besteht aber immer noch das alte Verfahren; hier müßte in ähnlicher Weise wie bei der Strafaussetzung eine genaue Prüfung eintreten. Ich wiederhole meine Anregung in der Budgetkommission auf Entschädigung des Vormunds, wie ja bei dem Justizminister auch auf Entgegenkommen gegriffen ist. Jetzt kann der Vormund Entschädigung beanspruchen, bekommt sie aber nicht, wenn das Mündel arm ist. Das sind aber die Mündel in der Regel. Dringend wünschenswert ist die Errichtung öffentlicher Taxämter, deren Angliederung an die Katasterämter ich empfehlen möchte. Ihre Taxen müßten für die Bestimmung der Mündelsicherheit maßgebend sein.

In dem Dortmunder Falle der Beleidigung des Rechtsanwaltstandes entspricht die Auskunft des Justizministers nicht meiner Ansicht. Der Rechtsanwaltstand ist eine Staatseinrichtung. Wenn sich in dem Prozeß Verfehlungen einzelner Rechtsanwälte herausgestellt hätten, so hätte der Anwaltstand sich dadurch, daß er diese Anwälte hinausgetan hätte, von ihnen befreien können. Mit der Beschlagnahme von Künstlerpostkarten soll die Kunst nicht betroffen werden. Wir müssen es dem Gerichte überlassen, ob im einzelnen Falle durch Zusammenballung und Ausstellung von Nachdarstellungen Lüsternheit zu Geschäftsinteressen erzeugt werden sollte. Das Gericht kann allerdings auch irren. Der Fall Knittel ist durch die Ausführungen des Ministers erledigt. Er war zweifellos eine Entgleisung und stellt glücklicherweise nur einen Ausnahmefall dar. Der Richter muß nicht nur die Gefühle der Angeklagten schonen, sondern auch die Würde des Gerichtes wahren.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Kriminalität hat sich, trotz aller Unkenrufe, nicht verschlechtert, sondern verbessert, namentlich die der Jugendlichen. Die bedingte Begnadigung allein ist daran nicht schuld. Allerdings hat in einzelnen hochindustriellen Gegenden die Kriminalität zugenommen, aber dort ist sie zurückzuführen auf die Zuwanderung von minderkultivierten Ausländern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei Berücksichtigung der Verteilung auf die Konfessionen stellt sich heraus, daß die Kriminalität der Katholiken am stärksten ist. (Widerspruch im Zentr.) Ich reproduziere nur Ergebnisse der Statistik. Am geringsten ist die Kriminalität bei den Evangelischen. Die Juden halten die Mitte. Noch besser ist es bei den Konfessionslosen (Heiterkeit) und den kleinen religiösen Sekten. Ich folgere nicht, daß die katholische Konfession die moralischen Kräfte schwäche, sondern die relative Unerheblichkeit des Religionsbekenntnisses gegen die sittlichen Versuchungen in kriminelle Beziehung. Ich weiß, daß die Katholiken zum großen Teil der ärmeren und mindergebildeten Bevölkerung angehören und den Versuchungen eher ausgesetzt sind. Es handelt sich um eine soziale Erscheinung, die nur durch Sozialreform bekämpft werden kann. Wir leiden noch an einer Ueberfütterung mit Strafen. Daß man gegen die Schmutzfinkerei Sturm läuft, ist eine große Kurzsichtigkeit. Die Nuditätenschnüffelei artet immer mehr in Absurdität aus. Ein gesundes Volk kann das Nackte vertragen und seine Freude daran haben. Jetzt will man sogar die Mittel zur Verhütung der Empfängnis vom Handel ausschließen. Eine Folge wird das Anwachsen der Geschlechtskrankheiten sein. Rücksicht auf Gesundheitspflege sollte hier ausschlaggebend sein.

Im Fall der Witwe in Flandersbach ist der Kommissar v. Treskow, ein früherer Schreibmaschinenhändler, der Hauptstütze der Anklage. Die Spur weist in der Tat anderwärts hin. Jeder Tag, den die Frau länger im Zuchthaus zubringt, ist ein Justizmord an ihr. Die Objektivität der Richter wird dadurch beeinflußt, wenn nach dem Urteil eine solche Beförderung erfolgt, wie bei dem Generalleutnant Pelet Narbonne. (Lebhafte Unruhe rechts.) Im Namen der Gerechtigkeit soll Recht gesprochen werden, nicht im Namen des militärischen Systems. (Präsident Dr. Porsch ersucht den Redner, hierauf nicht weiter einzugehen.) Die Begründung, die der Justizminister der Ablehnung der Anklage in Dortmund gegeben hat, ist die denkbar schwerste Beleidigung der Anwaltschaft. Die sozialdemokratischen Rechtsanwälte sind den Mehrheitsparteien und der Regierung ein Greuel und man schikaniert sie wegen ihrer politischen Anschauung nach Kräften. Redner führt einzelne Fälle an. Wenn das, was die „Post", das Organ des Herrn v. Zedlitz, über die Vorgänge von Zabern schrieb, richtig wäre, so würde das ein Maß von Korruption offenbaren, wie es sich die Sozialdemokraten in ihrer Lilienweißen Unschuld nicht haben träumen lassen. Herr Rödling hat auch die Justiz als der Staatsraison untertänig dargestellt. Die Klassenjustiz wird auch von katholischer Seite anerkannt, allerdings nicht von katholischen Zentrumsjuristen, sondern von katholischen Arbeitern.

Der Amtsrichter Knittel ist nur zu Geldstrafe verurteilt worden. Ein Sozialdemokrat hätte für dieselbe Tat mindestens sechs Wochen bekommen. Der ganze Prozeß ist das Muster eines politischen Prozesses. Nationalliberale gegen Zentrum und Polen: ein politischer Hakatisten-Prozeß reinsten Wassers. In dem Kölner Polizeiprozeß hat der Angeklagte eher zu wenig als zu viel behauptet. Er wurde zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Vergleichen Sie damit die 1500 Mk., zu denen Direktor Eccius im Krupp-Prozeß verurteilt worden ist. Justitia fundamentum regnorum: dieser Satz ist längst in die Rumpelkammer geworfen, heute heißt es: Staatsraison fundamentum regnorum! Der Prozeß gegen Brandt hat ein bedenkliches Spitzelgewissen in der Heeres- und Marineverwaltung offenbart. Brandt hat vier Monate bekommen, gegen einen Schutzmann in Halle, der von drei Studenten je 50 Pfg. erhielt, damit er sie nicht wegen Standalierens anzeigte, bekommt der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis. Vielleicht hatte man das Gefühl, daß nicht Brandt, sondern eigentlich das ganze Kruppsche Direktorium schuldig sei. Dann hätte aber auch das ganze Direktorium auf die Anklagebank gehört. Die bürgerliche Presse hat die Sache nach Möglichkeit beschönigt.

Dann kann man wirklich sagen: Welch eine Wendung durch Gottbergs Fügung! (Stürmische Heiterkeit rechts. — Vizepräsident Dr. Porsch rügt diese Travestierung eines bekannten Wortes. Ein neuer internationaler Skandal ist bei den Siemens-Schuckert-Werken entstanden. Aber die Staatsanwaltschaft hat es nicht für nötig gehalten, einzugreifen, obgleich die Sache auf deutschem Boden sich ereignet hat, und eine schwere strafbare Handlung darstellt. Die große Firma hat die belastenden Dokumente in ihren Schränken verborgen; selbst dem Verteidiger sind diese Papiere vorenthalten worden. Der Staatsanwalt hat zu den Durchsuchungen sogar ein Mitglied des Direktoriums, das eigentlich ins Gefängnis gehörte, hinzugezogen. Man hat versucht, den Prozeß hinter verschlossenen Türen, in tiefes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140206012/fragment/page=0001

Maßnahmen, in wenigen Minuten, zu erledigen. Der Staatsanwalt erklärte später: Wenn nicht der Liebknecht dazu gekommen wäre, wäre die Sache längst vorbei. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Es wird auch immer von der rechten Seite nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Streikenden gerufen. Wie unnötig dies ist, hat die Rede Heines im Reichstag gezeigt. In dem Falle aus Stettin, den neulich mein Freund Hirsch erwähnte, waren die Hauptzeugen Streikbrecher. Aber der Angeklagte wurde freigesprochen, denn er war ja ein nützliches Element! Den Streikbrechern gibt man die Revolver in die Hände. Daß es nicht zu Ausschreitungen gekommen ist, liegt nur an der Mäßigung der Streikenden. (Lärm rechts.) Ich komme zum Schluß (Lebhafte Bravo-Rufe! rechts) und behaupte: Wir haben eine Klassenjustiz. Unsere Richter sind zwar in der großen Mehrzahl intakt und sehr tüchtige und pflichtbewußte Männer, aber sie können aus ihrer ganzen sozialen Anschauung heraus nicht anders urteilen, als sie tun. Im übrigen, wir brauchen kein Gesetz zum Schutze vor den Streikenden, sondern für die Streikenden. (Beifall b. d. Soz.)

**Justizminister Dr. Beseler:**

Die Reden des Abg. Dr. Liebknecht ähneln einander sehr, und ich war deshalb über seine heutige Rede gar nicht überrascht. Es ist immer dasselbe, bei der Justizverwaltung ist alles schlecht! Ich habe oft genug die Beschuldigung zurückgewiesen, daß die Justizverwaltung die Richter beeinflusse. In der Tat haben die Richter wirklich nur ihre Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, und das tun sie auch. (Zustimmung b. d. Mehrheit.) Was soll die Besprechung schwebender Prozesse oder die Aufrollung des Elberfelder Nordprozesses? Die Geschworenen haben damals 7 Tage lang gesessen, es ist außerst gründlich vorgegangen worden; nun erklärt der Abgeordnete, das Urteil sei falsch, denn man habe sich einem Kriminalkommissar angeschlossen, der nach der Angabe eines anderen Kriminalkommissars, der übrigens gar nicht dabei gewesen ist (Abg. Dr. Liebknecht: Er ist dabei gewesen!) auf falschen Wegen gewesen sein soll. Sind wir denn hier ein Gerichtshof? Können wir denn hier zu einer Erkenntnis kommen, ohne die Mittel, die ein Gericht nach einer gründlichen Untersuchung hat? (Sehr wahr!)

Es sind in dieser Sache wiederholt Erhebungen eingeleitet worden; einmal hat schon ein Wiederaufnahmeverfahren geschwebt, es ist aber abgelehnt worden, jetzt werden wieder umfangreiche Erhebungen vorgenommen. — Und was sollen die Worte des Vorredners über den Krupp-Prozeß? Was ist denn nun dabei eigentlich herausgekommen? Im Verhältnis zu dem, was der Abgeordnete vorher behauptet hatte, so wenig, daß man wohl sagen kann: nichts! (Lebhafte Zustimmung b. d. Mehrheit, erregte Zwischenrufe der Soz.) Es scheint ja fast so, als ob dem Abgeordneten die Felle fortgeschwommen wären und er sich jetzt darüber beklagte. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit, Zurufe der Soz.)

Der Vorredner hat von einer Schimpfrede des Ministers b. Dallwitz gesprochen. Minister v. Dallwitz ist nicht hier, er wird wohl selbst Gelegenheit nehmen, darauf zurückzukommen. Aber ich kann wohl jetzt schon sagen, es gehört doch etwas dazu, was von Taktgefühl außerordentlich stark verschieden ist, (Lebhaftes Sehr richtig; rechts), in seiner Abwesenheit solche Angriffe gegen ihn zu richten. Das Schlimmste aber war das, was der Vorredner gegen den General v. Pelet-Narbonne gesagt hat, wenn er ihm vorgeworfen hat, aus Liebedienerei habe er um Gunst gebuhlt, und die habe er nun erreicht. (Abg. D. Liebknecht erregt: Das habe ich nicht gesagt!) General v. Pelet war Vorsitzender eines Gerichts. Er hat pflichtgemäß entschieden und gesprochen. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Hört! Hört! bei den Soz.), und der ihm gemachte Vorwurf verdient die allerscharfste Zurückweisung um so mehr, als der Herr General hier nicht anwesend ist. (Beifall rechts. — Abg. Dr. Liebknecht: Das habe ich nicht gesagt!)

**Abg. Klappenborg (Däne):**

Die Justiz soll unparteiisch sein; das ist sie aber in der Nordmark nicht immer, deshalb haben wir in Nordschleswig das Vertrauen zur Justiz verloren. Es geht jetzt ein scharfes Wetter über die Nordmark, das die Dänen treffen soll; Preßprozesse und Prozesse wegen Beleidigungen von Beamten sind an der Tagesordnung, ebenso Ausweisungen. Der Redner führt einzelne Fälle an. Die Gerichte verweigern den Angeklagten auch oft einen Dolmetscher. Ich meine aber, ein Angeklagter muß selbst wissen, welche Sprache er sprechen kann. Selbst Ordnungsstrafen sind gegen Leute erlassen, die nicht deutsch sprechen konnten. Es scheint beinahe, als ob man die Fremdsprachigen vor Gericht benachteiligen will. Man will die Dänen vernichten und verdrängen. Aber wir wehren uns, wir nehmen den Kampf auf mit einwandsfreien Waffen. Wir vermehren uns und erziehen unsere Jugend zu tüchtigen Leuten. Mit Polizeiwirtschaft, Staatsanwälten und Ausnahmegesetzen wird man nichts gegen uns ausrichten. Es ist ein Verbrechen und eine Dummheit, eine Nationalität vernichten zu wollen. (Beifall links.)

Hierauf wird gegen die Rechte ein Vertagungsantrag des Abg. Dr. Beil (Zentr.) angenommen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Der Minister hat gemeint, in der Krupp-Affäre seien mir die Felle weggeschwommen. Damit hat er anscheinend meine Ausführungen ins Lächerliche ziehen wollen. Es sind mir meine Felle nicht weggeschwommen, sondern noch welche dazugeschwommen. Ferner habe ich nicht gesagt, daß General Pelet-Narbonne um die Gunst Seiner Majestät gebuhlt hat. Ich habe nur gesagt, daß die Art seiner Gerichtsführung auf die Richter korrumpierend wirken müsse und sie geneigt mache, um die Gunst zu buhlen.

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 4¼ Uhr.

---

# Mb. Deutscher Reichstag.

296. Sitzung, Donnerstag, den 5. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Lewald.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

## Die Handhabung des Vereinsgesetzes.

(Zweiter Tag.)

**Abg. Dr. Junck (Natl.):**

Diese Aussprache über die Handhabung des Vereinsgesetzes ist seit 1908 zu einer ständigen Einrichtung des Reichstags geworden. Diesmal ist der Ton der Kritik milder geworden. Die polnische Bewegung soll man nicht mit Radalisichen bekämpfen, aber zu einer Aufhebung des Sprachenparagraphen liegt kein Anlaß vor. Das wäre ein Zurückweichen in der Ostmarkenfrage, das wollen wir nicht. Wenn die Polen unter sich sind, so werden sie ohne weiteres zugeben, daß das Reichsvereinsgesetz weit milder ist, als etwaige preußische Vereinsgesetze sein würden. Die Polen können also für das Reichsvereinsgesetz nur dankbar sein.

Warum bestreiten die Sozialdemokraten immer, daß gewisse Turnvereine sozialdemokratisch sind? Gewiß, auch die Gewerkschaften verfolgen manche Zwecke, die mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben, z. B. auf humanitärem Gebiete. Es ist aber ein Mangel an Offenheit, wenn die Sozialdemokraten behaupten, daß die freien Gewerkschaften nicht sozialdemokratisch sind. (Sehr richtig!) Eine gewisse Besserung in der Handhabung des Gesetzes bereitet sich vor. Ich würde es auch bedauern, wenn man große Bewegungen — zu denen ich auch die Sozialdemokratie rechne — mit Radalisichen bekämpfen wollte. Das will man aber gar nicht. Ein Fehler war das Verbot des Amundsen-Vortrages. Man sollte doch mehr Gefühl für die Pflichten einer Kulturnation haben. (Sehr richtig!) Dann gehen die Gerichte in ihren Entscheidungen zum Teil weit auseinander. Da darf man dann nicht gleich von Rechtsbruch und Rechtsverweigerung sprechen. Wenn gewisse Fehler bei der Anwendung des Gesetzes vorkommen, so braucht man das Gesetz nicht gleich zu ändern.

Dann die Jugendlichen. Ist die Beschäftigung mit der Politik etwas so schönes, daß sich auch die Jugend schon damit befassen soll?" Unsere Jugend muß so lange wie möglich von der Politik ferngehalten werden. Dann Herr v. Jagow und die Berliner Schutzmänner. Wir haben wohl das Recht, uns hierüber auszusprechen. Es handelt sich um einen hervorragenden, bekannten und geradezu typischen Verwaltungsbeamten. Zwei Seelen wohnen in seiner Brust, eine als Dr. juris, die andere als Polizeipräsident. (Heiterkeit.) Er soll ja noch zu Höherem berufen sein. Wenn in dem Erlaß des Polizeipräsidenten sich eine Koalitionsfeindlichkeit an sich äußern sollte, so würde das dem Geiste des Vereinsgesetzes widersprechen. Wir betrachten das Vereinsgesetz als eine große Errungenschaft. Die Behörden müssen vorurteilsfrei an die Ausführung des Gesetzes herangehen. Eine schikanöse oder spitzfindige Auslegung des Gesetzes schädigt die Autorität des Staates. Hätten wir das Gesetz abgelehnt, so wäre das ein schwerer politischer Fehler gewesen. Das Vereinsgesetz ist günstiger als das frühere Recht. Wir sehen jetzt keinen Anlaß zur Abänderung des Gesetzes. Wir lehnen alle Anträge ab. (Beifall.)

**Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):**

Die beste Rechtfertigung für die Haltung der liberalen Parteien war die gestrige Aufforderung des konservativen Redners: „Heben Sie das Gesetz doch auf, uns ist es recht!" Dieses Vereinsgesetz ist für die Konservativen die bitterste Frucht der Blockzeit. Auch wir freuen uns, daß wir das Gesetz gemacht haben, und würden genau wieder so handeln wie 1908. Es ist eine Besserung, wenn wir jetzt Anträge zum Vereinsrecht stellen können, was wir früher nicht konnten. Der Streit zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten besteht fort. In Preußen pfeifen sie auf die Bestimmungen des Gesetzes. Wir wollen nicht bloß kritisieren, sondern auch die bessernde Hand legen. Wir sind deshalb bereit, Änderungen in freiheitlichem Sinne zu beschließen, wenn eine systematische mißbräuchliche Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes durch Gerichte und Verwaltung erfolgt. Dazu rechnen wir den Mißbrauch der Polizeistunde, die Ausschließung von Zeitungen vor Bekanntmachungen, die kleinlichen Schikanen bei Anmeldungen. Wir müssen eine einheitliche Judikatur haben. Dagegen sind wir aus pädagogischen Gründen für die Beibehaltung des Jugendparagraphen. Die Jugend soll nicht in einen politischen und konfessionellen Fanatismus hineingezogen werden. Zentrum und Sozialdemokratie, die ehemaligen Verbündeten von 1908, haben sich gestern gegenseitig ihre Sünden vorgehalten. Für das Gift des einen hatte der andere sofort sein Gegengift zur Hand. Jeder von ihnen behauptet, er besitze die richtige Weltanschauung, die er der Jugend einimpfen will. Wer besitzt nun die allein richtige Weltanschauung? (Zuruf b. d. Soz.: Wir! Große Heiterkeit.)

Wenn ich nur eine Spur von Bosheit besäße (Große Heiterkeit), dann würde ich an die sogenannten Interpreten um den Grafen Oppersdorf erinnern. Da hat sich einer auf einen Erlaß von 49 berufen, um der Volksvergiftung entgegenzutreten. Wir brauchen kein Gift und kein Gegengift von diesen Seiten. Die Jungdeutschlandbewegung ist nicht politisch. (Lärm und Widerspruch b. d. Soz.) Sie wird wohl einmal mißbraucht zu diesem Zweck, aber das mißbilligen wir. Die deutsche Bürgerschaft steht hinter ihr, und diese ist kein politischer Verband. (Lärm b. d. Soz.. Zuruf: Die Arbeiter auch nicht!) Auch in den Turnvereinen fragt kein Mensch nach der politischen Gesinnung. Übrigens wäre es lächerlich, wenn man den Jugendparagraphen zu Schikanen verwenden wollte. Gegenüber dem Mißbrauch des Disziplinarrechts halten wir daran fest, daß Reichsrecht Partikularrecht bricht. Es ist unerträglich, daß Herr v. Jagow den Schutzleuten das Vereinsrecht absprich. Er beruft sich auf einen Erlaß des Londoner Polizeipräsidenten. Dort handelt es sich aber um eine politische und gewerkschaftliche Bewegung, es handelt sich um ein Streikrecht. Wir sind darin einig, daß für staatliche Arbeiter und Angestellte ein Streikrecht nicht besteht. Aber das wollten die Berliner Schutzleute gar nicht. Jagow hat noch den naiven Glauben, mit Gewalt sei alles zu machen. Er hat eine gräßliche Angst vor der Organisation und merkt gar nicht, daß er sehr unfreiwillig die politische Unzufriedenheit der Leute organisiert für die Sozialdemokratie.

Was war der Schutzmann für ein Mann, der wegen der Vereinsgründung zur Strafe nach Oberschlesien versetzt wurde? Er hat eine Rede gehalten, die mit einem dreimaligen Hoch auf den König von Preußen schloß. Mehr kann man doch nicht tun! (Große Heiterkeit. Zuruf: Hoch auf Jagow! Andauernde schallende Heiterkeit.) Wohin muß dieser unglaubliche Mangel an Vertrauen zu der Beamtenschaft führen?! Das Schmerzenskind des Gesetzes bleibt der Sprachenparagraph. Kein Mensch dachte daran, daß Preußen ihn in dieser Weise handhaben würde. In Süddeutschland, wo wir höchstens ein paar italienische Erdarbeiter haben, ist seine praktische Bedeutung gleich null. Aber in Preußen ist seine Anwendung rechtsirrtümlich und widersprucht dem Wortlaut des Gesetzes. Wir sind für eine authentische Interpretation durch eine Änderung des Textes des Gesetzes zu haben. Unsere Bedenken treffen gerade auf den Fall Amundsen zu. Flensburg ist wohl eine durchaus deutsche Stadt, aber in ihr und mindestens in ihrer Nähe wird dänisch gesprochen. Man hat eine geradezu lächerliche Aktion gegen den Vortrag ins Werk gesetzt. Keine Verteidigung, auch nicht das offiziöse Pronunziamiento der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" kann das abschwächen. Mit dieser Begründung könnte schließlich jede Theateraufführung oder jedes Konzert betraft werden. An solche ungeheuerliche Auslegungen hat seinerzeit kein Mensch gedacht. Sie wurde in diesem Fall zu einer politischen Dummheit.

Diese kleinliche Politik der Bureaukratie und der Polizei muß gerade die ausländischen Kreise verstimmen, auf deren Sympathie wir Wert legen. Das Auswärtige Amt sollte den jämmerlichen Bureaukratenseelen einmal näher treten. In ganz Süddeutschland ist keine Klage gegen das Gesetz laut geworden. Es liegt eben an der falschen Handhabung in Ostelbien. Wir sind gern bereit, an der liberalen Ausgestaltung des Gesetzes mitzuarbeiten. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis diese unselige, russische Verwaltungsmethode, wie sie sich bei der preußischen Handhabung des Gesetzes eingenistet hat, vom deutschen und vom preußischen Boden verschwindet. (Beifall links.)

**Abg. Delsor (Elsässer):**

Die Gründe, die wir 1908 gegen den Sprachenparagraphen aufführten, bestehen unverändert fort. Nach dem Gesetz wäre nur in dem einzigen kleinen Kreise Thaleau-Salins die französische Sprache gestattet. Tatsächlich wird die politische Tätigkeit in weiten Kreisen unterbunden. Man hat uns damals auf das Wohlwollen unserer Regierung vertröstet, aber diese darf nicht nach ihrer innersten Ueberzeugung, sondern muß nach dem Berliner Diktat verfahren. Der Jugendparagraph muß abgeschafft werden. Der Staat mischt sich in alle Angelegenheiten, so daß die Jugend nicht früh genug in der Politik, d. h. in der Bürgerkunde unterrichtet werden kann.

**Abg. Haussen (Däne):**

Die Beschwerden gegen die intolerante und antiliberale Handhabung des Vereinsgesetzes haben sich in Nordschleswig in letzter Zeit immer mehr gehäuft. Man verbietet kirchliche, hygienische, wissenschaftliche Vorträge, Lieder von Björnson u. dergl. Es liegt System in der Sache. Die Erklärung der Regierung zum Fall Amundsen war zu naiv, um Glauben zu finden. Die Behauptung der Nordd. Allg. Ztg., die Vorträge des Sängers Herold sollten zu einer dänischen Heerschau führen, ist eine grobe und bewußte Unwahrheit.

**Abg. Dr. Landsberg (Soz.):**

Wir geben zu, daß das Vereinsgesetz besser ist als der frühere Zustand z. B. in Mecklenburg. Aber das frühere preußische Vereinsgesetz war besser als das Reichsgesetz. (Zuruf rechts: Führen Sie es wieder ein.) Ich hätte gar nichts dagegen. Wer seine Muttersprache lieb hat, müßte es begreifen, daß jedem die Unterdrückung seiner Muttersprache, wie es das Vereinsgesetz ermöglicht, weh tun muß. Wir angeblich antinationalen Sozialdemokraten achten jedermanns Muttersprache und werden deshalb nicht früher ruhen, bis der Sprachenparagraph beseitigt ist. Wären die Arbeiter alle „gelb", dann gäbe es keinen Sprachenparagraph, dann könnten sie sich in welcher Sprache sie wollen unterhalten. Nur um die polnischen Arbeiter zu verhindern, sich in Westfalen über ihre schlechte Lage aussprechen zu können, ist der Sprachenparagraph im Gesetz aufgenommen worden. In einer sehr verständigen Auslassung habe ich gelesen, daß das Vereins- und Versammlungsverbot für Jugendliche nicht verbindern könne, sie politisch zu bearbeiten, weil es dazu viele andere Mittel gebe. Das stand in der Begründung zum Vereinsgesetz. (Hört! Hört! und Sehr gut! bei den Soz.)

Wenn das heute noch der Standpunkt der Regierung wäre, dann könnten wir uns sehr bald mit ihr verständigen. Aber freilich können wir uns mit ihr nicht zusammenfinden, solange man Jugendliche, die an Versammlungen teilnehmen, mit Polizeihunden hetzt (Hört! Hört! links). Wir wollen die Jugendlichen in unseren Verbänden weiterbilden, sie in Feld und Wald hinausführen. Das tut freilich auch der Jungdeutschlandbund, aber nur, um sie zu lehren, wo man dort Deckung gegen einen fingierten Feind findet. Trotz der ausdrücklichen Erklärung des damaligen Staatssekretärs v. Bethmann erkannten die preußischen Polizeibehörden ein Präventivverbot als zulässig an und das Oberverwaltungsgericht billigt das. Auch die Auflösung von Versammlungen wird trotz des Wortlauts des Gesetzes aus ganz allgemeinen Gründen vorgenommen und die Verwaltungsgerichte heißen das gut. Zu den meisten Beschwerden gab die Exekutivbehörde Anlaß. Wir haben den Eindruck, daß es darin von Jahr zu Jahr schlechter wird. Die Polizei kümmert sich den Teufel um das Gesetz. Sie dringt in Vereinsversammlungen ein und verhindert nicht die Abtreibung von Sälen. Sie erklärt unter Heranziehung der haarsträubendsten Gründe Sport-, Gesangvereine und Gewerkschaften für politische Vereine, trotzdem 1908 ausdrücklich Gewerkschaften für nichtpolitische Vereine erklärt wurden.

Die Herren Liberalen haben sich aber täuschen lassen und sollen das jetzt zugeben. Sie haben in der Blockzeit ihren Einfluß auf die Regierungsbehörden überschätzt (Heiterkeit). Sie hätten wissen müssen, daß man auf Interpretationen vom Regierungstisch sich nicht verlassen darf. Wir verlangen Schutz gegen die polizeilichen Ausschreitungen. Wenn die Regierung ihn nicht bieten kann, dann hätte Herr v. Bethmann seinergeit als Staatssekretär nicht versprechen sollen, daß das Gesetz liberal gehandhabt werden würde. Aber sie kann tatsächlich den Schutz gewähren und sie hat auch eine Mehrheit hier im Hause dafür hinter sich. Der Reichskanzler sollte als preußischer Ministerpräsident dafür sorgen, daß nicht der Schein entsteht, als habe er seinerzeit als Staatssekretär die Zustimmung zu dem Vereinsgesetz durch liberale Versprechungen erschlichen.

**Abg. Gröber (Zentr.):**

Das neue Gesetz ist schlechter als das alte. Denn das alte hatte keinen Sprachenparagraphen und auch nicht diese Bestimmungen über die Jugendlichen. Da war unser altes württembergisches Recht doch besser. Da waren so gut wie gar keine Bestimmungen. (Heiterkeit.) Und das ist das beste. (Abg. Dr. Müller (Sp.): Da war die Willkür der Behörden!) Keineswegs, denn sie hatten ja keinerlei Handhabe im Gesetz. Die Freude des Dr. Müller über das Gesetz war etwas gemischter Natur. Denn er hat eine halbe Stunde lang über das neue Gesetz blutige Tränen geweint. (Heiterkeit!) Die Beschwerden über die Behörden sollen abgenommen haben? Man richtet sich nur gegen die Entscheidungen der Gerichte? Es würde doch gar nicht zu solchen gerichtlichen Entscheidungen kommen, wenn nicht Beschwerden gegen die Behörden vorliegen. (Sehr richtig!)

Das eine Gericht entscheidet so, das andere so. Kein Mensch kann mehr sagen, was eigentlich Recht ist. Darum muß das Gesetz abgeändert werden. Eine allgemeine Rechtsunsicherheit zeigt sich. Das Recht der Beamten, Vereine zu bilden, wird illusorisch gemacht, wenn man die Vereinigung Berliner Schutzleute verbietet. Auch diese Männer haben ein Recht, Vereine zu bilden. Die Behörden sollten dankbar sein, wenn solide Elemente einen derartigen Verein gründen, der ja doch immer unter einer gewissen Aufsicht der Vorgesetzten steht. Unsern Standpunkt in der Jugendlichenfrage haben wir nicht aus Oppositionslust eingenommen. Wir haben ihn in Preußen schon 1897 zur Geltung gebracht. Die Väter können sich über ihr Kind, dieses Vereinsgesetz, nicht freuen. Es ist älter und häßlicher geworden. (Heiterkeit.) Mit dem Sprachenparagraphen haben wir keine Lorbeeren geerntet. Ohne den Germanisationszwang wären wir mit der Germanisierung schon viel weiter. Diese verkehrte, schlechte Polenpolitik bringt uns keinen Schritt vorwärts. Grade die Fortschrittler hätten allen Anlaß, mit uns und den anderen gegen diesen Sprachenparagraphen Sturm zu laufen.

Es ist ein preußisches Ausnahmegesetz, für das Herr Dr. Müller, Dr. Junck und ihre Freunde verantwortlich sind. (Sehr richtig! im Zentr.) Das preußische Staatswappen zeigt zwei nackte wilde Männer; das sieht fast aus wie ein Symbol der nackten Gewalt. Wir wünschten, daß diese Männer etwas bürgerlicher, etwas menschlicher aussehen möchten. (Beifall.)

**Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald:**

Es ist doch ein großer Fortschritt gegen früher, daß wir jetzt ein einheitliches Recht haben, und nicht mehr wie früher 25 Vereinsgesetze. Dr. Müller-Meiningen nannte die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten ein Jonglieren. Das ist doch ein sehr ungerechter Vorwurf. Wir wären bald zu heillosen Zuständen gekommen, wenn die Reichsgewalt nicht immer die Grenzen innegehalten hätte, und wenn sie in die Kompetenz der Einzelstaaten eingegriffen hätte. Es ist weiterhin möglich, daß in einem großen Staat einmal Mißgriffe vorkommen, aber es muß lebhaft bestritten werden, daß man in Preußen auf das Gesetz pfeift. Der Minister des Innern hat mit allem Nachdruck auf eine strenge, sorgfältige, gesetzentsprechende Anwendung des Gesetzes hingewiesen.

Unrichtig ist es, daß der Jungdeutschlandbund Politik betreibt. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Er will die Jugend im nationalen Sinne erziehen. Wohl aber läßt sich nachweisen, daß in Arbeiter-Gesangvereinen verlangt wird, sie mögen den Parteigeist pflegen. Das Soldatenspielen und Uniformtragen sollten die Sozialdemokraten am wenigsten tadeln. Sie verlangen ja eine militärische Jugenderziehung in ihrem Programm und pochen darauf ihre Forderung nach einem Volks-Milizheer. Die Berliner Schutzmannschaft untersteht freilich nicht den Militärgesetzen, aber sie ist doch militärisch organisiert. Deshalb ist es berechtigt, daß man eine Vereinigung nicht gestattet, nach dem Prinzip: Principiis obsta.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140206012/fragment/page=0002

**Abg. Dr. v. Trampczynski (Wolesz):**

Wenn der Reichskanzler nicht imstande ist, die richtige Durchführung der Reichsgesetze in Preußen zu bewirken, dann sollte es ihm sein Ehrgefühl verbieten, auch nur einen Tag länger im Amte zu bleiben. Unter dem Regime des jetzigen preußischen Ministers des Innern erlauben sich die Beamten jede Niedertracht. (Vizepräsident Dr. Paasche erteilt dem Redner einen Ordnungsruf.) Im Gesetz fehlt eine Begriffsbestimmung für „politische Vereine". Wie soll da der Richter den Willen des Gesetzgebers interpretieren, wenn der Gesetzgeber selbst nicht weiß, was er will? Wir protestieren gegen die systematische Rechtsbeugung.

**Abg. v. Meking (Welfe):**

führt Beschwerde, daß die Reden des Reichskanzlers gegen die deutsch-hannoversche Partei durch Schulkinder verbreitet wurden, ebenso wie nationalliberale Wahlflugblätter. Auch wir wünschen eine freiheitliche Novelle zum Vereinsgesetz.

**Abg. Fürst Radziwill (Pole):**

Unsere Resolutionen konnten nicht beredter begründet werden, als durch die Ausführungen des Regierungsvertreters. Deutschland hat im vorigen Jahre erhebende Feste nationalen Gedenkens gefeiert. Wir haben völliges Verständnis dafür. Wir kommen Ihren Gefühlen entgegen und teilen sie. Aber wir feiern nächstens auch das Jahrhundertjubiläum der Wiener Kongreßakte.

Damals kamen nach dem Unglück Polens die Monarchen überein, aus Gefühlen ethischer Natur heraus den Polen auch den Gebrauch ihrer Sprache weiterhin zuzusichern. Es ist ein beschämendes Gefühl, wenn wir heute sehen, daß 100 Jahre später im deutschen Reichstage diese Resonanz fehlt. Stimmen Sie unseren Anträgen zu, dann dienen Sie nicht nur unseren Interessen, sondern dem Ansehen des Deutschen Reiches. (Beifall bei den Polen.)

**Staatssekretär Dr. Delbrück:**

Der Abg. Landsberg hat vorhin erklärt: „Der Staatssekretär des Innern hat sich an der Debatte bisher nicht beteiligt, diese Enthaltsamkeit gereicht ihm zur Ehre, denn die Sache, die hier zu vertreten ist, ist eine schlechte." (Sehr richtig! bei den Soz.) Zur Vermeidung von Mißverständnissen möchte ich hiermit ausdrücklich feststellen, daß die Ausführungen des Ministerialdirektors Lewald zwischen uns vorher berabredet waren und daß sie in allen Punkten meine volle Zustimmung finden. (Zuruf der Soz.: Daran haben wir nicht gezweifelt!) Wenn ich mich nicht an allen Einzelfragen, die hier bei meinem Etat vorgebracht werden, persönlich beteiligen kann, so hat das seinen Grund darin, daß die Verhandlungen zu meinem Etat allmählich Dimensionen angenommen haben, die es mir unmöglich machen, mit Rücksicht auf andere Amtspflichten, mich ausschließlich an den Debatten des Reichstages zu beteiligen. (Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):**

Wenn das Gesetz so radikal beseitigt würde, wie es hier gewünscht wird, so würden die Polen die Zeche bezahlen müssen. Bei den Verhandlungen von 1908 dachten die Polen ganz anders über das Gesetz — wohl im Hinblick auf ein Gesetz, das von Preußen erlassen werden könnte. Die Anträge des Zentrums haben heute lediglich demonstrativen Wert. Der Abgeordnete Groeber konnte freilich das Gesetz nicht mit machen, weil ihm die Fähigkeit dazu abging. (Oho! im Zentrum. Große Heiterkeit.) Wir haben bereits eine lex Groeber, und das ist das miserabelste Gesetz, das der Reichstag jemals gemacht hatte. (Große Heiterkeit.) Wir wenden uns gegen die wenig loyale und geschickte Anwendung des Vereinsgesetzes durch gewisse Kategorien von Behörden. Was gegen das Gesetz gesagt wurde, ist im allgemeinen nur eine schlechte Wiederholung der früher dazu gehaltenen Reden. Im Herzen wollen Sie (zu den Soz.) ebenfalls ein Reichsvereinsgesetz.

**Abg. Gröber (Zentr.):**

Ich habe niemals verlangt, ein Vereinsgesetz zu machen. Wenn aber ein Gesetz seinen Zweck erreicht hat und eine Wohltat für die Minderheiten darstellt und von freiheitlichem Sinne eingegeben ist, dann ist es das Diätengesetz. (Beifall und Heiterkeit im Zentrum.) Wenn aber ein Gesetz gemeinschädlich gewirkt hat und gerade das Gegenteil seines Zweckes erreicht hat, dann ist es das vom Abgeordneten Müller-Meiningen befürwortete Reichsvereinsgesetz. (Lebhafte Zustimmung im Zentr., große, andauernde Heiterkeit!)

**Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):**

Für ein Diätengesetz waren auch wir, das ist eine alte liberale Forderung. Ich stelle aber fest, daß unser Diätengesetz ein miserables ist. (Heiterkeit.)

**Abg. Gröber (Zentr.):**

Und ich stelle fest, von diesem miserablen Gesetz hat der Abgeordnete Müller-Meiningen jeden Monat den angenehmsten Gebrauch gemacht. (Große andauernde Heiterkeit.)

Die Aussprache über das Vereinsgesetz schließt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) persönlich: Ein Verzicht auf die Diäten ist bekanntlich überhaupt unmöglich. (Große Heiterkeit.)

Abg. Groeber (Zentr.): Ich stelle fest, daß diesen ausgezeichneten Paragraphen, der den Verzicht auf Diäten unmöglich macht, auch der Abg. Müller-Meiningen mit akzeptiert hat. (Große andauernde Heiterkeit.)

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Vize-Präsident Dr. Paasche teilt mit, daß der Abg. v. Halem (Vp.) sein Mandat niedergelegt hat.

Das Haus vertagt sich.

---

# XIII. Hauptversammlung des Königlichen Landes-Oekonomie-Kollegiums.

**Berlin**, 5. Februar.

In der Reichshauptstadt begannen gestern unter Teilnahme von Landwirten aus dem ganzen Deutschen Reich die Verhandlungen der diesjährigen großen deutschen Landwirtschaftswoche, die alljährlich interessante Aussprachen über alle die Kreise der deutschen Landwirtschaft bewegenden Berufsfragen bringt. Den Reigen der einzelnen Tagungen eröffnet wie stets das Preußische Landes-Oekonomie-Kollegium, in dem der Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses, Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz den Vorsitz führt. Dieser Tagung ging am heutigen Mittwoch die 34. Konferenz der Vorstände der Preußischen Landwirtschaftskammern im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses voran, in welcher die Vorlagen für das Landes-Oekonomie-Kollegium vorberaten wurden. Auf der Tagesordnung dieser nichtöffentlichen Sitzung standen ferner Referate des Landesökonomierats Johansen über Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Versuchsstationen und ihre Stellung zu den Landwirtschaftskammern, des Oekonomierats Burckhardts über die Aufgaben der Zusammenkünfte der Leiter der bakteriologischen Institute der Landwirtschaftskammern, des Freiherrn v. Wangenheim (KL.-Spiegel) über Verbesserungen der Rechtslage der landwirtschaftlichen Güterbeamten, des Präsidenten van der Borght über die Zwecke und Ziele des Schutzverbandes für den deutschen Grundbesitz sowie des Justizrats Dr. Rendtorff über das Luftverkehrsgesetz. Weiter lag der Konferenz ein

**Geschäftsbericht**

der Ständigen Kommission des Landes-Oekonomie-Kollegiums über das abgelaufene Geschäftsjahr vor. Eine der hauptsächlichsten Kommissionen ist die für das Arbeiterwesen, in welcher der Universitätsprofessor Geh. Regierungsrat Dr. Sering (Berlin-Grunewald) eine gewichtige Rolle spielt. In ihrer letzten Sitzung nahm die Ständige Kommission einen Bericht über die Tätigkeit der Kommission für das Arbeiterwesen entgegen und faßte nach eingehender Begründung einen Beschluß, in dem es heißt:

„Für die Schaffung einer dichteren Bevölkerung ist die Vermehrung der einheimischen Landarbeiter nicht minder wichtig als die Ansiedelung von Bauern. Nachdem die Königl. Staatsregierung mit sehr beträchtlichen Summen die Bauernansiedelung gefördert hat, ist es ein dringendes Erfordernis, nunmehr auch reichliche Mittel für die Erhaltung und Vermehrung der Landarbeiter bereit zu stellen. Die Königliche Staatsregierung wird gebeten, die notwendigen Mittel hierzu zu bewilligen. Ferner wird die Bereitstellung weiterer Staatsmittel erbeten für den Ausbau der Arbeitsnachweise, die Förderung der Wohlfahrtspflege, insbesondere die Errichtung von Rechtsauskunftsstellen auf dem Lande, die Förderung der beruflichen Ausbildung der Landarbeiter und die Erteilung von Lehraufträgen über die Landarbeiterfrage und Wohlfahrtspflege an den landwirtschaftlichen Lehrinstituten."

Die Kommission hat sogleich die erforderlichen Schritte zur Durchführung dieses Beschlusses ergriffen, und den Antrag auf Bereitstellung von Staatsmitteln dem preußischen Landwirtschaftsminister Freiherrn v. Schorlemer-Lieser unterbreitet. Sie hatte den Erfolg zu verzeichnen, daß in den Staatshaushalt für das Etatsjahr 1914/15 die Summe von 90 000 Mark für Förderung der Wohlfahrtspflege auf dem Lande eingestellt worden sind. Von dieser Summe sind 60 000 Mark dazu bestimmt, die Rechtsberatung der minderbemittelten ländlichen Bevölkerungskreise zu fördern.

Weiter beschäftigte sich die Kommission mit der Frage, ob die Errichtung von Betriebskrankenkassen für die Landwirtschaft zweckmäßig ist. Nach eingehender Beratung sprach sich die Kommission in einem Beschluß dahin aus, daß in den Kreisen, in denen nur Ortskrankenkassen errichtet werden, zur Wahrung der Interessen der ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Möglichkeit ländliche Betriebskrankenkassen gegründet werden sollen. In den Kreisen aber, in denen neben den Ortskrankenkassen auch Landkrankenkassen errichtet werden, soll im Interesse der ländlichen Allgemeinheit sowie im Einzelinteresse von der Gründung von Betriebskrankenkassen abgesehen werden. Eine wichtige Frage betraf ferner die Sicherstellung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs im Kriegsfalle. Die Kommission hat mit Rücksicht auf die unsichere weltpolitische Lage des vergangenen Jahres den Landwirtschaftsminister gebeten, diejenigen Maßnahmen vorzubereiten, welche bei einer etwaigen Mobilmachung die Ausführung der notwendigsten landwirtschaftlichen Arbeiten sicherstellen. Insbesondere wurde vorgeschlagen, die Bereitstellung der fiskalischen Waldarbeiter für landwirtschaftliche Arbeiten, Einschränkung der Beschäftigung von Ausländern in der Industrie im Falle eines Krieges, Zuführung der in der Industrie beschäftigungslos gewordenen Arbeiter auf das Land, Verwendung der Gefangenen für die landwirtschaftlichen Arbeiten, weitgehende Befreiung der ländlichen Schulkinder vom Unterricht und Ausbau der Arbeitsnachweise für das platte Land zwecks rascher Verteilung der Arbeitskräfte.

---

# Deutsches Reich.

**Der Marineetat in der Budgetkommission.**

Die Budgetkommission des Reichstages hat bei der Beratung des Marineetats die angeforderten 134 neuen Stellen, nämlich 1 Vizeadmiral, 8 Kapitäne zur See, 15 Fregatten- oder Korvettenkapitäne, 32 Kapitänleutnants und 78 Oberleutnants zur See, sowie die Zulagen für sechs pensionierte Offiziere genehmigt. Der Direktor im Reichsschatzamt, Herz, teilte sodann mit, die Vorarbeiten zur Besoldungsnovelle seien abgeschlossen. Die Novelle gelange bald an den Reichstag. Darauf äußerte sich Staatssekretär v. Tirpitz über die angeschnittene Frage des Verhältnisses der aktiven Deckoffiziere zu privaten Vereinen und betonte, daß in den Vereinen auch politische Fragen erörtert worden seien und daß bei dieser Sachlage die Teilnahme aktiver Deckoffiziere unter keinen Umständen gestattet werden könne. Er habe Gelegenheit genommen, die Frontdienststellen besonders darauf hinzuweisen.

**Das Jubiläum Schleswigs.**

Aus Schleswig wird berichtet: Anläßlich der Gedenkfeier zur Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgte Befreiung der Stadt von dänischer Herrschaft prangt Schleswig in prächtigem Blumen- und Flaggenschmuck. Bisher sind etwa 20 Deputationen preußischer und österreichischer Regimenter hier eingetroffen und festlich empfangen worden. Der Zuzug von nah und fern ist ein ganz gewaltiger. Die Militärdeputationen waren Donnerstag mittag Gäste des Offizierkorps des Husarenregiments Kaiser Franz Josef von Oesterreich Nr. 16.

---

**Die Landtagsstichwahl in Lippe-Detmold** zwischen dem fortschrittlichen Kandidaten Staercke und dem Sozialdemokraten Becker ist auf den 10. Februar anberaumt worden. Die konservative Partei hat zur Stichwahl keine Stellung genommen. Der liberale Vorsprung vor dem Sozialdemokraten beträgt 258 Stimmen.

**Die Stichwahl in Offenburg-Kehl** findet einem Privattelegramm aus Karlsruhe zufolge am 12. Februar statt.

**Eine auffällige Beförderung.** Der „Berl. Lok.-Anz." weiß zu melden, daß mit der Führung der Garde-Kavalleriedivision Generalmajor von Pelet-Narbonne beauftragt worden ist, der bisher die 30. Kavalleriedivision in Straßburg beehligte und im Kriegsgericht gegen den Obersten v. Reuter den Vorsitz führte.

**Beim Stapellauf des Linienschiffes Ersatz Brandenburg** auf der Germaniawerft am 21. Februar wird der Kronprinz die Taufrede halten.

## Parteinachrichten.

**Der oldenburgische Landtagsabgeordnete Müller-Nutzhorn, der Führer des Bundes der Landwirte im oldenburgischen Landtage, ist einem Herzschlag erlegen.** Der Verstorbene war von 1895 bis 1903 antisemitischer Reichstagsabgeordneter für Waldeck.

---

# Halle und Umgebung.

Halle, 6. Februar.

**Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes.** In dem dem Abgeordnetenhause zugegangenen Gesetzentwurfe zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes ist eine Erweiterung des Steuerzuschlagsrechts bis zu 150 Prozent für die Gemeinden vorgesehen.

**Der 16. Allgemeine Deutsche Neuphilologentag** findet in der Pfingstwoche (1./4. Juni) d. Js. in Bremen statt. Die Vorbereitungen für diese Tagung hat der Neuphilologische Verein Bremen übernommen. Das ausführliche Programm über die Vorträge und Veranstaltungen wird der Vorstand im Februar bekanntgeben. Eine Anzahl hervorragender Fachgenossen des In- und Auslandes ist bereits als Redner gewonnen worden. U. a. spricht auch Prof. Deutschbein-Halle.

**Verleihung.** Dem hiesigen praktischen Arzt Herrn Dr. Henry Rocco wurde der Charakter als Sanitätsrat verliehen.

**Wintersport-Sonderzug von Halle nach Braunlage.** Zu dem vom 7. bis 9. Februar in Braunlage im Oberharz stattfindenden Jubiläumswinterfest läßt die Königl. Eisenbahndirektion einen Sportsonderzug mit ermäßigtem Fahrpreise verkehren, welcher am 7. Februar 5.05 Uhr nachmittags Halle verläßt und 8.51 Uhr abends in Braunlage eintrifft. Der Zug hält und verläßt auf der Strecke: Eisleben 5.46 Uhr nachm., Sangerhausen 6.14 Uhr abends, Nordhausen 7.01 Uhr abends und Walkenried 7.37 Uhr abends. Letzter Anschluß von Leipzig her ist der Eilzug 158, Leipzig Hbf. ab 4.10 Uhr nachm., Halle an 4.44 Uhr nachm. Die Rückfahrt von Braunlage erfolgt am 8. Februar abends, die Ankunft in Halle 11.57 Uhr abend. (Anschluß nach Leipzig: Personenzug 481, Halle ab 12.10, Leipzig Hbf. an 1.15 Uhr nachts.)

**Der Verein „ehemaliger Annaburger"** zu Halle und Umgebung hält am Sonnabend abend 8½ Uhr im Vereinslokale „Coburger Hofbräu" (Kaulenberg 1) einen sogen. „Damenabend" ab in Verbindung mit der Feier von Kaisers Geburtstag. In der Generalversammlung wurden nachstehende Kameraden in den Vorstand gewählt: Steuersekretär Dreyer, 1. Vorsitzender; Oberbergamtssekretär Bösel, Kassierer; Telegraphenmechaniker Naumann, Schriftführer; Magistratssekretär Kleine, 2. Vorsitzender, Magistratsassistent Ebeling, Stellvertreter des Kassierers und Schriftführers; Oberbergamtssekretär Zausch und Monteur Zrinke, Festordner. Am Sonnabend, den 14. d. M., findet die ordentliche Sitzung statt.

**Francksscher Jünglingsverein an St. Ulrich** (Leiter: P. Heintke). Am kommenden Sonntag, abends, hält der stellv. Vorsitzende Suhle einen Vortrag über Richard Wagners „Parsifal".

**Christlicher Verein junger Männer.** Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, wird Herr stud. cam. Dörner einen Vortrag halten über das Thema „Die Banknote." Jeder junge Mann ist eingeladen. Der Zutritt ist frei.

**Religiöser Vortrag.** „Last oder Lust?" lautet das Thema, über das Herr E. Döntz am Sonntag abend 8½ Uhr im Gemeinschaftshause, Margaretenstraße 5, sprechen wird. Der Zutritt ist frei.

---

# Provinzial-Nachrichten.

n. **Weißenfels**, 5. Febr. (Tödlich verunglückt) ist der Gutsbesitzer Hermann Berndt in Prittitz. Der allgemein geachtete Mann war beim Strohlegen beschäftigt, trat fehl und stürzte durch die Bodenluke auf ein steinernes Gewölbe. Dadurch wurde er so verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb.

**Torgau**, 5. Febr. (Die Generalversammlung der Kornhaus-G. m. b. H.) beschloß, das Geschäft von Gebr. Teiche in Neu-Burzdorf und Mühlberg aufzukaufen und in Neu-Burzdorf einen neuen, großen Speicher zu erbauen.

**Eisleben**, 5. Febr. (Einigung zwischen Aerzteschaft und Ortskrankenkassen.) Unter Vorsitz des Assessors Dr. Führ fanden gestern abend im Sitzungssaale des Rathauses Verhandlungen zwischen den Vertretern der hiesigen Aerzteschaft und der Krankenkassen statt. Es wurde eine völlige Einigung über die noch strittigen Punkte erzielt. Die neuen Verträge haben rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar d. J.

**Vom Untereichsfelde**, 5. Febr. (Tabakpreise.) Die Tabakpreise haben auf dem Untereichsfelde einen Tiefstand erreicht, wie noch nie zuvor. Der höchste Preis, der erzielt wird, beträgt 16 Mk. für den Zentner. Bei solch ungewöhnlich niedrigen Preisen ist es gar nicht möglich, daß die Tabakpflanzer auf ihre Kosten kommen, und die Folge wird sein, daß der Tabakbau auf dem Eichsfelde abermals erheblich zurückgeht.

**Klausthal**, 5. Febr. (Großfeuer.) In Altenau brach in einem Doppelhause ein Brand aus, der auf die Nachbarhäuser übergriff und auch eine Straße übersprang. Trotz der eifrigen Tätigkeit mehrerer Feuerwehren wurden fünf Häuser mit Stallungen und Hintergebäuden eingeäschert. Auch das Elektrizitätswerk wurde erheblich beschädigt. Achtzehn Familien sind obdachlos geworden. Der Schaden ist bedeutend und nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

**Clausthal**, 5. Febr. (Harzer Schnee in Hamburg!) In einem Hamburger Blatte findet sich folgende, ganz moderne Ankündigung: Schnee! Schnee! Schnee! 50 Kubikmeter per Eilgut von Clausthal im Harz setzten meine Rodelbahn in vorzüglichen Stand. Hotel zum Opferberg, Hausbruch-Neugraben. M. Pieper.

**Benneckenstein**, 5. Febr. (Chefarzt.) Der bisherige Assistenzarzt auf der Johanniter-Heilstätte, Herr Dr. v. Knobloch, geht zum 1. März als Chefarzt nach Andreasberg.

**Coswig**, 4. Februar. (Mit den Haaren in der Dreschmaschine.) Das 14jährige Schulmädchen Krietig geriet in der Niedermühle mit den Haaren in die Transmissionswelle einer Dreschmaschine. Dem Mädchen wurde die Kopfhaut abgerissen und förmlich skalpiert. Es wurde schwerverletzt in eine Dessauer Klinik gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140206012/fragment/page=0003

# Kunst und Wissenschaft.

**Geh. Sanitätsrat Körte †.** Der Senior der deutschen Aerzteschaft Geh. Sanitätsrat Körte ist Mittwoch im 97. Lebensjahre an Altersschwäche in Berlin gestorben.

**Der „revolutionäre" Maeterlinck.** Ein mit den Vorgängen im Vatikan vertrauter Historiker klärt in Clemenceaus „Homme Libre" die Ursachen auf, die den Vatikan veranlaßten, die Werke Maeterlincks auf den Index zu setzen. Danach ist die ganze Aktion rein politischer Natur und es handelt sich darum, gegen Maeterlinck einen großen Schlag zu führen. Vor zwei Jahren, anläßlich der großen Arbeiterausstände in Belgien stellte sich Maeterlinck offen auf die Seite der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen die herrschende katholische Partei. Er unterstützte sie in Wort und Schrift und trat für ihre Forderungen ein. Die klerikale Regierung und ihre Anhänger riefen nun die Intervention des Vatikans an, um Maeterlinck für dessen Eintreten zugunsten der Arbeiter zu bestrafen, und da man diesen Wunsch der herrschenden Partei in Belgien nicht gut ablehnen konnte, wurde der Bannstrahl gegen Maeterlincks Werke geschleudert. Die Aktion hat also einen rein politischen Hintergrund.

# Sport-Nachrichten.

### Brüsseler Sechstage-Rennen.

**Brüssel, 5. Februar.**

Das Sechstage-Rennen nahm in vergangener Nacht einen ruhigen Verlauf. Nachdem Crupelandt-Oliveri in der 49. Stunde ihre Verlustrunde aufgeholt und dadurch die Spitzengruppe wieder auf zehn Mannschaften erhöht hatten, nahm das Rennen einen monotonen Charakter an, obgleich zahlreiche Prämien gestiftet wurden. Um 8 Uhr heute früh (58. Stunde) waren von der Spitzengruppe 1914,740 Kilometer (bisheriger Rekord 1903,450 Kilometer) zurückgelegt; die Reihenfolge der Mannschaften ist unverändert.

# Luftschiffahrt.

**Der neue Rekord.** Aus Paris, 5. Febr., wird berichtet: Der Flieger Garaix brauchte zu seinem neuen Weltrekord mit 5 Passagieren zum Aufflug zu der erreichten Höhe von 2250 m nur 36 Minuten und landete aus dieser Höhe im Gleitflug in 16 Minuten. Der Erbauer des neuen Apparates heißt Paul Schmitt.

**Zur Landung des deutschen Luftfahrzeugs in Frankreich.** Wie aus Luneville gemeldet wird, ist in dem Lampendepot des dortigen Bahnhofs, wo die Benzinvorräte der deutschen Militärflieger untergebracht worden waren, Mittwoch abend ein Feuer ausgebrochen. Der Brand konnte erst nach einer Stunde gelöscht werden. Das Lampendepot und das anstoßende Postbureau wurden vollständig zerstört. Die Postsäcke konnten gerettet werden.

# Vermischtes.

### Außer Lebensgefahr.

**Berlin, 5. Februar.**

Der Zustand der beiden verunglückten Zentrumsabgeordneten Hebel und Pütz hat sich verhältnismäßig rasch gebessert. Auch der schwerverletzte Pfarrer Hebel ist nunmehr außer Lebensgefahr.

**Keine Schlitzröcke auf dem Wiener Hofball.** Das Hofmeisteramt des Kaisers von Oesterreich hat den geschlitzten Damenröcken Fehde angesagt. Den Damen, die zu den diesjährigen Wiener Hoffestlichkeiten zugelassen sind, ist vom Hofmeisteramt die Mitteilung geworden, daß es unbedingt verboten sei, zu den höfischen Veranstaltungen in einer Toilette zu erscheinen, die den sogenannten geschlitzten Rock aufweise und zeitweilig das Knie erscheinen lasse. Die Beamten des Hofmeisteramts seien angewiesen, derart gekleidete Damen aus der Hofburg zu weisen.

**Bluttat eines Dreizehnjährigen.** In Essen a. d. Ruhr erstach ein dreizehnjähriger Schüler einen elfjährigen Kameraden während eines Streites. Die Jungens spielten Fußball und gerieten in einen Wortwechsel. Der jugendliche Totschläger hat seinen Kameraden mit dem Taschenmesser erstochen.

**Fataler Irrtum bei der Wehrbeitragserklärung.** Einen Reinfall bei der Wehrbeitragserklärung erlebte ein Landwirt aus der Umgegend von Herford. Er erschien auf dem Steuerbureau des Landratsamtes, um seine Erklärung zum Wehrbeitrag der Einfachheit halber persönlich abzugeben. Vom Steuersekretär nach seinem Barvermögen befragt, erklärte der Landwirt, er besitze 10 000 Mk., die auf der Sparkasse zu X. lägen. Zum Beweis überreichte er ein Sparkassenbuch. Nachdem der Beamte hineingeschaut hatte, meinte er: „Ja, mein Freund, Sie haben sich wohl versprochen, denn hiernach beträgt ihre Sparkasseneinlage doch 40 000 Mk.!" Der Landwirt bekam nun einen roten Kopf und erwiderte ärgerlich: „Doo hämt mi de Wiewer das falsche Bauk in de Hänne gieben."

### Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau,
Donnerstag, 5. Februar, 8 Uhr morgens.

**Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.**

Auch heute ist die Wetterlage noch die gleiche; die heitere, trockene Witterung wird daher weiter anhalten.

**Witterungsaussicht für den 6. Februar:**
Heiter, trocken, nachts leichter Frost.

**Braunlage,** 4. Febr. Schneehöhe 40 bis 50 Zentimeter. Temperatur: Nachtfrost, tagsüber wärmer. Barometer: fest. Windrichtung: Nord-West. Wegeverhältnisse: mittags bestaut. Fernsicht sehr gut. Prächtiges wolkenloses Wetter. Jeglicher Sport. — Vom 7. bis 9. Februar: Jubiläumswinterfest (30jähr.), verbunden mit Aufstieg des Ballons „Halle" vom Sächsisch-Thüringischen Verein für Luftschiffahrt.

**Wetterbericht aus Johanneser Kurhaus b. Zellerfeld im Oberharz.** 5. Februar. Schneehöhe: zirka 50 Zentimeter. Temperatur: am Tage Sonnenschein, nachts etwas Kälte. Wind: südöstlich. Skibahn: gut. Schlitten- und Rodelbahn: sehr gut. — Täglich Wildfütterung.

# Letzte Depeschen.

### Eine Interpellation im Abgeordnetenhause über den Unfall der beiden Reichstagsabgeordneten.

**Berlin, 5. Februar.**

Im Preußischen Abgeordnetenhause ist folgende Interpellation von Dr. Porsch (Z.) und Gen. eingebracht worden: „Ist die königliche Staatsregierung in der Lage, Auskunft über den Unfall zu geben, welcher am 4. Februar zwei Reichstagsabgeordneten auf dem Wege zum Reichstag durch Ueberfahren von einem Automobil zugestoßen ist? Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung zu ergreifen, um der zunehmenden Gefahr entgegenzuwirken, welche durch den steigenden Verkehr, insbesondere durch Automobile, für die Bevölkerung herbeigeführt wird?"

### Mandatsniederlegung.

**Berlin, 5. Februar.**

Der Reichstagsabgeordnete v. Halem (Rp.), für den Reichstagswahlkreis Marienwerder-Schwetz, hat sein Mandat niedergelegt.

### Gründung einer deutschen Gesellschaft für Welthandel.

**Berlin, 5. Februar.**

Unter dem Vorsitz des Generaldirektors Ballin-Hamburg fand heute im Hotel Esplanade in Berlin eine Besprechung von Vertretern der zentralen Organisationen von Industrie und Handel statt, die eine grundsätzliche Uebereinstimmung über die Gründung einer deutschen Gesellschaft für den Welthandel ergab, welche sich die Aufgabe stellt, die Bestrebungen zur Förderung der deutschen Auslandsinteressen zusammenzufassen. Die Gründung der Gesellschaft ist für den 26. Februar in Berlin in Aussicht genommen.

### Wieder Hochwasser in Ostpreußen.

**Königsberg, 5. Februar.**

Die milde, mit Niederschlägen verbundene Witterung der letzten Tage hat im Flußgebiet der Memel von neuem Hochwasser hervorgerufen. Die Wintersaat in den betreffenden Gebieten dürfte zum Teil vernichtet sein.

### Kämpfe zwischen Griechen und Albanesen.

**Athen, 5. Februar.**

Aus Koritza wird authentisch gemeldet: Die zur Vertreibung der Albanesen entsandten Truppen rückten mit den heiligen Bataillonen bis vor Pakuf und Ochrida vor, die von albanesischen Banden besetzt waren. Nach heftigem Kampfe gelang es den Griechen, die Albanesen zurückzuschlagen, die große Verluste erlitten. Die Ortschaft Kessarala im Aktionszentrum der Albanesen wurde von den Griechen bombardiert, worauf sich die Albanesen zu regellosser Flucht wandten. Vier griechische Soldaten wurden verletzt. Die Griechen setzten ihren Vormarsch fort, wobei sie das Gelände vom Feinde säuberten. Die heiligen Bataillone von Koritza kämpften tapfer an der Seite der griechischen Truppen.

### Fliegertod.

**Versailles, 5. Februar.**

Der Flieger Reals ist in Villa Coublay aus 200 Meter Höhe abgestürzt. Die Leiche wurde furchtbar verstümmelt aufgefunden.

**Ein Geysir.** Aus Bukarest, 5. Febr., wird gemeldet: In Filiporcu, wo große Mengen von Petroleum gewonnen werden, erfolgte heute plötzlich eine Eruption, wobei salzhaltiges, siedendes Wasser unter weithin vernehmbarem Getöse zu bedeutender Höhe emporgeschleudert wurde. Um die Mündung des Geysirs hat sich eine 500 Meter breite Salzschicht gebildet.


# Passage-Theater

**Lichtspielhaus :: Halle a. d. Saale, Leipzigerstrasse 88.**

## Die Sensation der Saison 1913-14

ist zweifellos das gewaltige Lichtschauspiel:

# „ATLANTIS"

nach dem gleichnamigen berühmten Roman von

## Gerhart Hauptmann.

## Ab Freitag, den 6. Februar 1914

gelangt dieses Kunstwerk in unserem Theater zur Vorführung.

Die Inszenierung dieses Films hat Vorbereitungen, Vorkehrungen und Unkosten verursacht, wie niemals vorher ein anderer Film. Ausser etwa 80 Hauptdarstellern von ersten Bühnen, war ein Heer von Darstellern in kleineren Rollen und sonstige Mitwirkenden benötigt. Zu der Inszenierung, zum Transport der Darsteller und zum Gebrauch der Operateure musste eine Flotte von Dampfern und Booten gechartert werden, ausser:

Einem grossen Ozean-Dampfer,
Drei Liebersee-Frachtdampfer,
Zwei Schleppdampfer,
Das mit grossen Kosten auferbaute Wrack
und viele kleinere Motorboote.

Imponierend zieht die Handlung an uns vorüber! Es sind ergreifende Szenen voll packender Realistik, wie nur die Wirklichkeit sie bietet und wie der Kinematograph sie festzuhalten und wiederzugeben vermag. Der Film stellt einen bewunderungswürdigen Rekord auf.

Programmässig gelangt der Film zur Vorführung; und zwar:
Sonntags um 6 Uhr und um 9 Uhr,
wochentags um 5 Uhr und um 8½ Uhr.

Ein angepasstes Beiprogramm geht demselben vorauf.
Die Vorführungen beginnen:
Sonntags um 3 Uhr und wochentags um 4 Uhr.

Am Sonntag nachmittag finden

**von 3 bis 6 Uhr Jugend-Vorführungen statt.**

**Die Direktion.**

**Modenzeitungen**
mit den neuen Frühjahrsmoden 1914
Größte Auswahl.
Einzelnummern u. Abonnements.
**Otto Hendels Buchhandlung**
Gustav Ehlers,
Markt 24.

**Rheuma ★ Gicht**
Sie finden sofort Linderung und dauernde Schmerzbeseitigung durch ein unfehlbares, glänzend begutachtetes Mittel. Verlangen Sie umgehend Prospekte
Gratis und Franko
(geraucht Aufklärung)
Chemische Fabrik Goulson & Co.
Schöneberg-Berlin, Bahnstr. 21

p. o.
Meinen besten Dank für Ihre vortreffliche Rino-Salbe. Ich hatte ein Krampfadergeschwür und durch den Gebrauch Ihrer Salbe wurde ich bald wieder hergestellt. Rino-Salbe werde ich, wo ich nur kann, aufs wärmste empfehlen.
C. J. H.

Rino-Salbe wird mit Erfolg gegen Beinleiden, Flechten und Hautleiden angewandt und ist in Dosen à Mk. 1.15 und Mk. 2.25 in den Apotheken vorrätig; aber nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot und Firma Rich. Schubert & Co., Weinböhla-Dresden.
Fälschungen weise man zurück.

**Kiefern-Brennholz**
in starken Schetten, auch kleis gemacht, in frühren frat Hausz
Carl Schumann, Gr. Steinstr. 30.

**Ernst Heinrichshofen**
Halle a. d. S., Krukenbergstr. 28.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140206012/fragment/page=0004

**Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,**
**Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.**
**Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**

# Handel, Gewerbe u. Verkehr.

## Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

**3 Uhr 10 Minuten.** Kredit 209,25, Diskonto 195,25, Deutsche Bank 258,75, Türkenlose 170,50, Lombarden 22,37, Kanada 222,12, Laurahütte 165,62, Bochumer Guss 228, Gelsenkirchen 196, Harpener 185,87, Deutsch-Luxemburg 147,25, Phönix 246,37, A.E.-G. 248,12, Hamburger Paketfahrt 141,87, Nordd. Lloyd 122,87, Grosse Berliner Strassenbahn 163,50, Hansa 295,75. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkte notierten höher: Terrain Nordost 4,50, Gebr. Goedhart 2,50, Spandauer Bergbrauerei 2,50, Adler Fahrrad 3,25, Balcke Maschinen 3,25, Bruchsal Maschinen 4, Düsseldorfer Waggon 2,50, Egestorff Maschinen 4, Gaggenauer Eisenwerke 2, J. A. John 2,50, Linke-Hofmann-Werke 3,25, Nürnberger Fahrradfabrik 5, David Richter 2, Stettiner Vulkan 2, Vogtländ. Masch. 4, Harburger Eisen 8, Kartonnagen-Ind.-Ges. 5, Deutsche Gaglühlicht 5, Gustav Genschow 2,50, Nordd. Steingut 7, Rosenthal Porzellan 2, Sprengstoff Karbonit 2, Höxter Zement 3,75, Lindener Weberei 4,75, Anilinfabrik 8, Elberfelder Farben 5,50, Heinrichshall 3, Höchster Farben 2, Leopoldshall 2,90, Riedel 3, Chem. Werke Charlottenburg 3,75, Aschersleben Kali 2, Kondordia Bergbau 8, Harkort Bergwerk 2,25, Märkisch-Westf. Bergwerk 4, Thiedershall 4,25, Langendreer 2, Griesheim. Elektron 2,50, Badische Anilin 5, Hohenlohe 3,25, Reiss & Martin 2, Schles. Zement 3, Kappel Maschinen 7,50; niedriger: Ammendorfer Papier 3, Horch Motoren 2, Deutsche Spiegelglas 2, Emil Köster 2, Rhein. Spiegelglas 4,25, Merkur Wolle 2, Düsseldorfer Eisenhütte 2, Ver. Petroleumwerke 2,15, Elektr. Lieferungs-Ges. 3.

**Zum Kurszettel.** Berlin, 5. Februar. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 97,20 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 97,20 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 97,40 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —. 3% Kameruner Eisenbahn-Anleihe — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldversehr. gar. 93,75 bG. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,70 G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1900 unk. 16 —. —, 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,75 b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 03, 09 94,80 G. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,80 G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke 93,75 b. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101,50 bG. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 98,12 b. Vereinigte Lausitzer Glashütten 385,25 bG.

**Londoner Börse** vom 5. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 77,12, Rio Tinto 73,62, Geduld 1,25, Goldfields $2^{16}/_{32}$, Steel com 67,32, Steel preis. —, Rand Mines 6,40, Anaconda 7,87, Eastrand —,18, Unatared 1,09, Aurora West 0,56, Cinderella Cons. 0,34, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3,62, Albus (Generale) 0,68, Rand Collieries 0,21, West Rand Consols 1,50, General Mining & Fin $^{9}/_{16}$, A. Görz & Co. $^{19}/_{32}$, Modderfontain 12,62.

## Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 5. Februar.

| | Käuf. | Verk. | | Käuf. | Verk. |
|---|---|---|---|---|---|
| Alexandershall | 8100 | 8300 | Johannashall | 2900 | 3050 |
| Bergmannssegen | 5675 | 5775 | Justus-Aktien | 80% | 82% |
| Burbach | 10000 | 10200 | Kaiseroda | 6200 | 6400 |
| Buttler | 175 | 275 | Krügershall | 110% | 113% |
| Carlshund | 4350 | 4500 | Marieglück | 1325 | 1375 |
| Carlsglück | 328 | 400 | Max | 3300 | 3400 |
| Fallersleben | 1175 | 1250 | Neusollstedt | 3050 | 3100 |
| Felsenfest | 2700 | 2800 | Neustassfurt | 9500 | 9800 |
| Glückauf | 16700 | 17200 | Reichenhall | 1325 | 1400 |
| Günthershall | 4400 | 4600 | Ransbach | 1700 | 1900 |
| Hense-Silberberg | 4800 | 5000 | Ronnenberg | 90% | 92% |
| Hedwig | 1350 | 1400 | Rothenberg | 2400 | 2500 |
| Heiligemühle | 750 | 800 | Salzdetfurth | 315% | 321% |
| Heiligenroda | 9600 | 9900 | Salzmünde | 5150 | 5250 |
| Heldburg | 3750 | 3850 | Teutonia | 62% | 64% |
| Heldrungen | 900 | 1000 | Thüringen | 3000 | 3200 |
| Herte-Neurungen | 2000 | 2150 | Walter | 1400 | 1450 |
| Hohenfels | 4050 | 4150 | Wendland | 850 | 950 |
| Hohenzollern | 6000 | 6200 | Wilhelmshall | 7900 | 8200 |
| Hugo | 7900 | 8200 | Wintershall | — | 18250 |
| Hüpstedt | 2500 | 2600 | | | |

### 4 Prozent Reichsbankdiskont.

Zur Begründung der Zinsfussreduktion knüpfte am Donnerstag Präsident Havenstein in der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank zunächst an den Status des Institutes vom 31. Januar 1914 an und führte aus, dass die Ansprüche an die Reichsbank am 31. Januar absolut genommen grösser als in den Vorjahren waren. Vor allem war eine starke Abnahme der privaten Guthaben zu konstatieren, die auf die Einzahlungen auf die neuen Anleihen zurückzuführen ist. Der Zwischenausweis vom 3. Februar liefert kein ganz zuverlässiges Bild bei einem Vergleich mit dem Vorjahre. Er lässt erkennen, dass sich der Metallbestand um 1 Mill. Mk. erhöht hat, während er in der gleichen Zeit des Vorjahres um 18 Mill. Mk. abnahm. Das Wechsel- und Lombardkonto erfuhr eine Entlastung um 28 Mill. Mark (i. V. 24 Mill. Mk.). Die Schatzscheine erfuhren einen Zuwachs um 7 (2) Mill. Mk. Die fremden Gelder stiegen um 14 Mill. Mark, während sie im Vorjahre einen Rückgang um 34 Mill. Mk aufwiesen. Am 3. Februar 1914 verfügte das Institut über eine steuerfreie Notenreserve von 187 Mill. Mk., dagegen befand es sich im Vorjahre mit 222 Mill. Mk. in der Steuerpflicht. Gegenüber dem vorjährigen Status bestand daher eine Besserung von 409 Mill. Mk.

Der Präsident wies dann noch darauf hin, dass die Entwickelung am internationalen und heimischen Geldmarkt weiterhin günstig gewesen ist, und dass die Geldflüssigkeit zugenommen hat. Der Stand der Devisenkurse sei günstig und der Privatdiskont bewege sich auf einer Höhe von 3 Proz.; es könne daher eine weitere Diskontermässigung der Reichsbank um ½ Proz. vorgenommen werden.

Zum viertenmal innerhalb kurzer Zeit ist der Diskont der Reichsbank ermässigt worden. Der Satz von 4 Proz., auf dem wir angelangt sind, war seit dem 19. September 1911 nicht mehr in Geltung.

**Bank für Handel und Industrie.** Die Aufsichtsratssitzung, in der der Abschluss für das Rechnungsjahr 1913 vorgelegt werden soll, findet am 4. März d. J. statt.

**Potsdamer Kreditbank.** Der Aufsichtsrat beschloss, der Generalversammlung eine Dividende von wiederum 7½ Proz. vorzuschlagen.

**Belgien nimmt in London eine Anleihe** von 12 Mill. Pfg. St. und Griechenland in Paris und London eine Anleihe von 10 Mill. Pfund Sterling auf.

**Der Koksabsatz beim Kohlensyndikat** hat sich infolge der starken Zunahme des Koksverbrauches für Heizungszwecke durch das anhaltende Frostwetter im Januar auf über 60 Proz. der Beteiligung gehalten, während bekanntlich eine Produktionseinschränkung von 45 Proz. besteht.

**Der Grundpreis für Kupferschalen** wurde um 2 Mk. für 100 kg auf 209 Mk. erhöht.

**Bedeutende Verdingung von Briketts.** Wie berichtet wird, forderte die Eisenbahndirektion Berlin Angebote ein auf Lieferung von rund 18 Mill. kg Braunkohlenbriketts. Offeriert wurden für Berlin Salonbriketts, Sommerlieferung zu 6,49—9,98 Mk., für Bromberg zu 6—9,65 Mk., Winterlieferung zu 6,49—10 Mk. bezw. 6—9,80 Mk., Halbsteine für Berlin Sommer- und Winterlieferung zu 5,80—9,55 Mk., für Bromberg zu 5,50—9,55 Mk. pro Tonne.

**Preisrückgang am Eisenexportmarkt.** Infolge schärferen Angebots seitens der belgischen Werke ging, wie aus Köln gemeldet wird, der Exportpreis für Walzdraht, der sich längere Zeit auf ca. 100 Mk. halten konnte, auf 95 Mk. fob Antwerpen zurück.

**Verein süddeutscher Baumwollindustrieller.** Eine Versammlung von 33 Rohwebereien, welche 31 000 Webstühle repräsentierte, vereinbarte, die 17 Proz. Betriebseinschränkung im zweiten Quartal 1914 fortzusetzen, falls durch weiteren Anschluss eine Gesamtbeteiligung von 40 000 Webstühlen erreicht wird.

**Ostindische Kipse.** Die Verhandlungen der deutschen und österreichischen Kipslederfabrikanten mit ostindischen Abladerfirmen, die dem Kartell nicht angehören, haben insofern Erfolg gehabt, als ein grösseres Kalkuttahaus sich nicht nur zum Einkauf eines Spezialartikels zur Verfügung gestellt hat, sondern auch andere Sorten von Rohkipsen in grossem Massstabe für ihre Auftraggeber einkaufen wird. Auch bezüglich der Einhaltung der Beschaffenheiten hat sich die Firma zu Sicherheiten bereit erklärt. Sie wird sich nicht nur einer Arbitrage unterwerfen, sie will auch namhafte geldliche Unterlagen gewähren. Auf dieser Grundlage hat sie nun bereits namhafte Geschäfte in Ostindien vorgenommen. Das Kipshändlerkartell geht gegen diese Outsiderfirma nun dadurch vor, dass es die Gerber als Käufer dadurch zu erhalten und zu gewinnen sucht, dass man ihnen Verkäufe auf Grund der Original-Kalkuttaliste mit der geringsten Kommission, angeblich bis zu ½ Proz., sogar ¼ Proz. anbietet.

**Kammgarnspinnerei Wernshausen.** Die Verwaltung teilt mit, der Aufsichtsrat habe beschlossen, eine Dividende von 8 (10) Proz. für die Aktien und von 9 (11) Proz. für die Vorzugsaktien vorzuschlagen. Die Generalversammlung wird am 17. März stattfinden.

**Die Gewerkschaft Wintershall** erzielte im Jahre 1913 1 560 389 (1 643 434) Mk. Betriebsüberschuss, von dem 363 339 (440 154) Mk. auf das letzte Quartal entfallen.

**Neueröffnete Konkurse.** Ingenieur Hans Gericke †, Berlin-Schöneberg. Pfarrer Friedrich Weisker, Berlin. Möbelfabrikant L. Borowski G. m. b. H., Berlin. Kaufmann Gustav Stein, Augsburg. Kartonnagenfabrikant Friedrich Gustav Thiele, Augustusburg. Schneidermeister Franz Thürmer, Berchtesgaden. Handlung Bazar J. Pagowski, Berent. Tischlergeschäfts-Inhaberin Klara Sommer, Schönau. Restaurateur Hans Schmidt, Braunschweig. Bäckermeister Friedrich Ed. M. Modes, Niedergorbitz. Gesellschaft Dresdner Lichtspiele G. m. b. H., Dresden. Bauunternehmer Hermann Bohnenkamp, Neukuhren. Theodor Eckmann, Zementwarengeschäft, Freiburg-Littenweil. Möbelhändler Friedrich Klose, Gleiwitz. Schuhmacher und Schuhwarenhändler Xaver Sass, Gollub. Gemüsehändler Wilhelm Baum, Gummersbach. Schlachter A. M. Zimmer, Hamburg. Försterfrau Wilhelmine Will geb. Taureg, Heydekrug. Witwe Fritz Blanckart, Moselweiss. Berta Fischer, Kusel. Fa. Fr. Kruczynski et Co., Liebstadt (Ostpr.). Kaufmann Ernst Rammelberg, Magdeburg. Metzger F. W. Schmidt, Sternenfels. Rentier Wilhelm Stadthaus, Mehlauken. Salomon Hirschen, Fa. H. Hirschen, Kleidergeschäft, München. Kaufmann Hermann Schlüter, Wankendorf. Schnittwarenhändler E. B. Neumann, Radeberg. Kaufmann Franz Tilg, Niederstadt. Frl. Pauline Noack, Podejuch. August Ducommun, Uhren- und Goldwarengeschäft, Strassburg. Kaufmann Richard Kimmelmann, Ulm. Hotelbesitzer Ambros Neugart, Unterkirnach. Karl Altenhofen, Holzhausen. Schneidermeister Michael Nowak, Miloslaw. Zangenfabrikant Julius August Pader, Mehlis.

## Waren und Produkte.

### Getreide.

Berliner Produktenbörse, 5 Februar. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 186,00—190,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 152,50 — — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 167—182, mittel 152—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. 169,00—172,00, Donau mix. 160,00—163,00, runder 148 152 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—146, gute 147,00—156,00, russische und Donau leichte 134—136, schwere 137,00—146,00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 160—168, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 21,75 -27,00. Roggenmehl 0 und 1 18,90—21,30. Weizenkleie 10,60—11,10. Roggenkleie 10,00—10,60. Lupinen, blaue — — —, gelbe — — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Magdeburg, 5. Februar. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, engl und Sommer- stetig, gut 185—187. Roggen, inländischer flauer, gut 158—155 Gerste, hiesige Chevallerflau, gut 167—170, feinste über Notiz, Land- gut 152—165, ausländische Futtergerste still, gut 132—133. Hafer, inländ ruhig, gut 167—170. Mais, runder ruhig, gut 147—148.

Hamburg, 5. Februar. (Getreidemarkt). Weizen ruhig ostholsteiner und mecklenburger 187—193,00. Roggen ruhig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 156—160.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Dez.-Jan. 115,75. Gerste matt, südruss. cif. Jan. 100.50. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 156—162. Mais, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 163,50.

Liverpool, 5. Febr. Stetig Roter Winterweizen per März 7—2½, per Mai 7—1½. Mais ruhig, La Plata, alte Ernte, März 4—8½, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—5½.

Antwerpen, 5. Febr. Deutscher La Plataeug. Kontrakt per Februar 6,35, März 6,35, April 6,30, Mai 6,27½, Juni 6,25, Umsatz 150 000 kg. Tendenz: stetig.

Budapest, 5. Februar. Weizen, Tendenz stetig, per April 12,06 Mai 12,05, Oktbr. 11,03. Roggen, Tendenz stetig, per April 9,05, Oktbr. 8,59. Hafer, Tendenz stetig, per April 7,87, Oktbr. 7,85. Mais, Tendenz ruhig, per Mai 6,73, Juli 6,92. Raps, Tendenz stetig, August 15,80.

### Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 5. Februar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18,50—19,00. Still.

### Zucker.

Magdeburg, 5. Februar. Abend-Kurse. Februar 9,35, März 9,42½, April 9,50, Mai 9,57½, August 9,82, Oktbr.-Dezbr. 9,65. Tendenz ruhig.

Hamburg, 5. Februar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

| | vorm. | nachm. | abends |
|---|---|---|---|
| per Februar | 9,35 | 9,35 | 9,37½ M. |
| „ März | 9,45 | 9,42½ | 9,42½ „ |
| „ April | 9,50 | 9,47½ | 9,47½ „ |
| „ Mai | 9,62½ | 9,57½ | 9,57½ „ |
| „ August | 9,85 | 9,80 | 9,80 „ |
| „ Okt.-Dez. | 9,70 | 9,67½ | 9,67½ „ |
| | stetig | ruhig | ruhig |

### Kaffee.

Hamburg, 5. Februar. Godo average Santos

| | vorm. | nachmittags | abends |
|---|---|---|---|
| per März | 50.75 G. | 50.75 G. | 50.50 G. |
| „ Mai | 51.25 G. | 51.25 G. | 51.00 G. |
| „ September | 52.50 G. | 52.25 G. | 52.25 G. |
| „ Dezember | 53.00 G. | 52.75 G. | 52.75 G. |
| | ruhig | behpt. | ruhig |

Rio de Janeiro, 5. Februar. Kaffee-Zufuhren 9000 Sack in Rio, 26000 Sack in Santos.

Havre, 5. Februar. Kaffee good average Santos per März 63.25, per Mai 63.25, per Sept. 64.00, Dez. 64.00. Stetig.

### Spiritus.

Nordhausen, 5. Febr. Branntwein 85 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.75 M. per loco 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

### Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, 4. Februar

Butter: Die mit Beginn des neuen Monats erhoffte Belebung des Geschäftes ist bisher nicht eingetreten, vielmehr bleibt der Konsum nach wie vor schwach bei noch immer sehr grossen Eingängen feinster Butter. Frische russische Butter findet wenig Beachtung. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 128—130 Mk., do. IIa Qualität 124—128 Mk. — Schmalz: Während die Schweinemärkte in Amerika steigende Schweinepreise meldeten, überwog für Schmalz infolge geringer Nachfrage und grösserer Vorräte Verkaufslust und die Preise gaben etwas nach. Dagegen wurden die Aufschläge für spätere Lieferung teilweise weiter erhöht. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 62,25 bis 63,25 Mk., amerikan. Tafelschmalz Borussia 64,50 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 64—70 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 64,50—70 Mk. — Speck: Nachfrage schwach.

Köln, 5. Februar. Rüböl per loko 69.00, per Mai 66.50.

Hamburg, 5. Febr. Stadtschmalz 64,00, amerikan. Steam 54.50, Chamberlain 55.50. Tendenz fest.

### Chemische Produkte.

Hamburg, 5. Febr. Chilisalpeter per loko 10.17½, Febr.-März 10.17½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

### Wolle.

Bremen, 5. Februar. Baumwolle Upl. loko middl. 64.00.

Liverpool, 5. Febr. Aegypt. Baumwolle per März 9.80.

Liverpool, 5. Februar. Baumwolle, Umsatz 10000 Ballen, Import 18 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 14 000 Ballen.

Alexandria, 5. Februar. Aegyptische Baumwolle per März 17.25, Mai 18.03, Novbr. —.—.

### Metalle.

London, 5. Febr. Chili-Kupfer, kassetig, 66⅝, 3 Mon. 66¾. Zinn, Straits, stetig 187¼, 3 Mon. 188⅜. Blei span., stetig 19¾, engl. 20¼. Zink, gew. Marke, ruhig 21½, spez. Marke 22¼.

## Amerikanische Warenmärkte.

### Kabelmeldung via Azoren-Emden.

| New York. | 5. 2. | 4. 2. | | 5. 2. | 4. 2. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen p. Mai | 99⅞ | 99¾ | Roggen loko | 81⅝ | 81 |
| „ „ Juli | 96⅝ | 96⅛ | Schmalz p. Mai | 11.12 | 11.12 |
| Mais loko | 68⅝ | 68⅝ | „ „ Juli | 11.30 | 11.30 |
| Mehl Spring cl. | 3.80 | 3.80 | **New York** | | |
| **Chicago.** | | | Petroleum in Cases | 11.25 | 11.25 |
| Weizen p. Mai | 92⅞ | 92¾ | do. in Stard. Withe | 8.75 | 8.75 |
| „ „ Juli | 88⅝ | 88½ | do. in Cred. Balanc. | 200 | 200 |
| Mais p. Mai | 65¾ | 65⅝ | Kaffee loko | 9½ | 9⅜ |
| „ „ Juli | 65 | 64¾ | „ p. Februar | 9.24 | 9.17 |
| Hafer p. Mai | 39⅛ | 39 | „ p. April | 9.40 | 9.33 |
| „ „ Juli | 39⅛ | 38⅞ | | | |

Tendenz: Weizen —, Mais stetig.

## Schiffsnachrichten

### Oesterreichischer Lloyd.

(Vertreter in Halle: Max Lippmann, Volkmannstr. 4.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 7. Febr., 10. Febr, Metcovich; nach Dalmatien: 7. Febr. Eillinie Triest—Cattaro (A) Prinz Hohenlohe. 8. Febr. Dalmatinisch-albanesische Eillinie Baron Bruck. 9. Febr. Linie Triest—Spizza (A) Almissa, 10. Febr. Eillinie Triest—Cattaro (A) Baron Gautsch, 11. Febr. Dalmatinisch-albanesische Linie Adelsberg (A beröhrt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Gravosa, Castelnuovo und Cattaro; B berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Curzola, Gravosa und Cattaro); nach der Levante und dem Mittelmeer: 8. Febr. Griechisch-orientalische Linie (B) Tirol, 8. Febr. Linie Triest—Syrien (B) Goritia, 10. Febr. Eillinie Triest—Konstantinopel Bruenn; nach Ostindien, China, Japan: 10. Febr. Linie Triest—Kobe Persia, 15. Febr. Linie Triest—Bombay Gablonz, 16. Febr. Linie Triest—Kalkutta Trieste, 25. Febr. Linie Triest—Bombay Graz, 28. Febr. Linie Triest—Schanghai Koerber, 2. März Linie Triest—Kalkutta Numidia.

## Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

| Saale und Unstrut. | | | | | | Fall | Wuchs |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Artern | 4. Febr. | +1,18 | 5. Febr. | +1,16 | | 2 | — |
| Nebra, Oberpegel | „ | +2,02 | „ | +2,00 | | 2 | — |
| „ Unterpegel | „ | +1,44 | „ | +1,42 | | 2 | — |
| Weissenfels, Oberpegel | „ | +2,36 | „ | +2,36 | | — | — |
| „ Unterpegel | „ | +0,06 | „ | +0,06 | | — | — |
| Trotha | 4. | +1,78 | 5. | +1,74 | | 4 | — |
| Alsleben, Oberpegel | 3. | +2,38 | 4. | +2,36 | | 2 | — |
| „ Unterpegel | „ | +1,40 | „ | +1,24 | | 16 | — |
| Bernburg | „ | +1,05 | „ | +0,92 | | 13 | — |
| Calbe, Oberpegel | „ | +1,54 | „ | +1,50 | | 4 | — |
| „ Unterpegel | „ | +0,62 | „ | +0,58 | | 4 | — |

**Iser, Eger, Elbe, Moldau.**

| | Februar | Fall | Wuchs | | Februar | Fall | Wuchs |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jungbunzel. | 4. | —0,05 | — | 1 Wittenberg | 5. | +1,52 | 1 — |
| Laun | „ | —0,13 | 2 | — Rosslau | „ | +0,90 | — — |
| Budweis | „ | —0,20 | 2 | — Barby | „ | +1,21 | — — |
| Prag | 5. | —0,16 | 2 | — Schönebeck | „ | +1,12 | — 1 |
| Pardubitz | 4. | —0,43 | — | — Magdeburg | „ | +0,93 | — 1 |
| Brandeis | „ | +1,01 | 8 | — Tangermünde | „ | +1,64 | — 6 |
| Melnik | „ | —0,36 | 2 | — Wittenberge | „ | +1,47 | — 4 |
| Leitmeritz | 5. | +0,92 | 9 | — Dömitz | 4. | +0,93 | — — |
| Aussig | „ | +0,95 | 6 | — Boizenburg | „ | +0,88 | 3 — |
| Dresden | „ | —1,38 | 4 | — Hohnstorf | 5. | +1,04 | — 4 |
| Torgau | „ | +0,32 | 4 | — Lauenburg | „ | +1,00 | — 2 |

Aussig, 5. Februar. Pegelstand +0,95 m. Vom Oberlauf werden 0,42 m Fall gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Bauer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — **Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.**

— **Diese Nummer umfasst 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.** —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140206012/fragment/page=0005

# Berliner Börse, 5. Febr. 1914

Wo Ruprik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 1.Jan. | 4 1.Apr. | 7 1.Juli | O 1.Okt. | a 1.1.7. | d 1.4.10. | g 15.3.9. | k 15.6.12. | q. quartaliter 1.1.4.7.10. |
| 2 1.Febr. | 5 1.Mai | 8 1.Aug. | N 1.Nov. | b 1.2.8. | e 1.5.11. | h 15.4.10. | l 11.6.12. | q₂ do. 1.2.5.8.11. |
| 3 1.Mrz. | 6 1.Juni | 9 1.Spt. | D 1.Dez. | c 1.3.9. | f 1.6.12. | i 15.5.11. | v versch. | q₃ do. 1.3.6.9.12. |

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3⅛%

Nachdruck verboten.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Preuss. Rentenbriefe

Deutsche Pfandbriefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Stadt-, Kreis- etc. Anleih.

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Klein- u. Strassenbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Obligat. industr. Gesellsch.

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Wechsel

Gold, Silber, Banknoten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140206012/fragment/page=0006